

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 29. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2008-2012)

Sitzungsdatum: 25. Mai 2011
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 - 20.50 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Kathrin Gürtler, Präsidentin Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Nic Proschek, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Cedric Roos, Florian Spiegel, Semra Wagner-Sakar

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 36 Anwesende = 24
18.15 Uhr 37 Anwesende = 25

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 23.03.2011 betreffend
„Alterskonzept Allschwil“
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3993
2. Motion von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 15.02.2011 betreffend
„Alterskonzept Allschwil“
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3992
3. Bericht des Gemeinderates vom 04.05.2011 betreffend
Volksinitiative für einen Quartierrichtplan Wegmatten
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber Geschäft 3995

4. Interpellation von Josua M. Studer, vom 25.03.2011 betreffend
Landabtausch Baselmattweg und Wegmatten
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 3996 / A

5. Postulat von Julia Gosteli, Grüne Allschwil, vom 17.11.2010, betreffend
Fluglärmessung
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3977

6. Postulat von Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion und Julia Gosteli, Grüne-Fraktion,
vom 06.12.2010 betreffend **familienexterner Kinderbetreuung in Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 3978

7. Motion von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 30.03.2011, betreffend
**Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum Trinationalen Schutzverband
gegen nukleare Bedrohungen (TRAS)**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 3999

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nic Proschek, Rechtsdienst

Einwohnerratsprotokoll Nr. 29 vom 25. Mai 2011

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Kathrin Gürtler

Begrüssung / Mitteilungen der Präsidentin

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung. Wir wissen alle, dass heute Abend der Schweizermeister im Fussball bestimmt wird. Ich hoffe, dass wir zügig die Sitzung durchführen können und dass wir ein bisschen vor neun Uhr aufhören können.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Wie Sie bemerkt haben, ist Cedrik Roos, der 1. Vizepräsident, heute Abend entschuldigt. Die Rednerliste wird der 2. Vizepräsident, Rolf Adam, führen. Wir kommen zu den diversen Vorstössen, die auf dem Pult liegen, mir liegen drei dringliche vor. Das erste ist eine dringliche Motion Grünanlagenkonzept. Für die Dringlichkeitsbegründung gebe ich das Wort Herrn Mollat.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Ich schlage vor, dass ich gerade Stellung nehme zur Dringlichkeit von beiden Motionen. Es geht um alternative Finanzierungsmöglichkeiten und das Grünanlagenkonzept. Diese Unterlagen wurden Ihnen zugestellt mit der letzten Sendung, Geschäft 4001, 4002. Wir beantragen die Dringlichkeit, weil wir heute Abend die Volksinitiative Quartierplan Wegmatten behandeln werden. Da gibt es Überschneidungen zu unseren Geschäften, darum macht es Sinn, dies zusammen zu behandeln. Der zweite Grund ist, dass zwischen unseren Motionen und dem Schulhausneubau ein indirekter Zusammenhang besteht, den wir beschleunigt behandeln möchten. Darum macht es Sinn, dass wir diese beiden Motionen heute behandeln.

Josua Studer, parteilos: Die zwei Motionen sind loblich, aber sie sind in meinen Augen momentan nicht so dringend, dass man es dringlich behandeln muss. Wir reden heute über die Wegmatten, aber nicht vertieft, somit müsste man das nicht als Folgegeschäft hineinnehmen. Zudem haben wir jetzt Sommerzeit und diese Motionen liegen schriftlich vor. Wenn es in den Augen des Gemeinderates wichtig wäre, dies einzubeziehen, dann kann er es von sich aus einbeziehen. Wir sind gegen die Dringlichkeit.

Thomas Möller, SP/EVP-Fraktion: Die SP/EVP-Fraktion hat diese Motion unterschrieben und wir sind für die Dringlichkeit. Wir meinen, dass wir es heute in diesem Zusammenhang diskutieren sollten.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen zur Dringlichkeit gibt, dann stimmen wir über die Dringlichkeit ab.

Josua Studer, parteilos: Interessant wäre zu wissen, was der Gemeinderat zur Dringlichkeit meint.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat äussern? Der Gemeinderat meint, dass der Einwohnerrat entscheiden soll, ohne Empfehlung von ihm. Somit kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit für die Motion Grünanlagenkonzept.

://:

Die Dringlichkeit wird mit 27 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Wir kommen zur Dringlichkeitsabstimmung über die Motion "Unser neues Schulhaus, alternative Finanzierungsmöglichkeiten".

://:

Die Dringlichkeit wird auch bei dieser Motion angenommen mit 25 Ja-Stimmen zu 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich möchte eine kleine persönliche Erklärung abgeben. Ich bin enttäuscht von diesem Vorgehen. Es geht um zwei Motionen, nicht Postulate, sondern Motionen, wo jetzt über die Dringlichkeit abgestimmt wurde, und ich wusste nichts davon. Wenn ich hier schaue, wer unterschrieben hat, dann sind das diverse Parteien ausser unsere. Ich wurde nicht darüber orientiert, dass heute Abend Dringlichkeit gefordert wird, und das enttäuscht mich ein bisschen. Vielleicht bin ich auch selber schuld, aber ich war jetzt überrumpelt.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Mir wurde das als dringlich eingereicht heute Abend mit allen Unterschriften darauf.
Wir kommen zu einer dringlichen Interpellation betreffend geplanter Spitex-Fusion Allschwil - Schönenbuch mit Binningen, eingereicht von Christoph Benz. Ich gebe ihm das Wort, um die Dringlichkeit zu begründen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Wir haben kurzfristig gestern Abend eine dringliche Interpellation erhalten über die Spitex-Fusion. Es redet niemand von einer Fusion, es stand auch nicht im AWB. Die Dringlichkeit sehe ich im Prinzip nicht, aber ich versuche gerne, dies zu beantworten. Ich habe mich bemüht, die wichtigen Punkte herauszuschreiben.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass wir zuerst über die Dringlichkeit beschliessen müssen. Ich möchte zuerst das Wort dem Interpellanten zur Dringlichkeit geben.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Jetzt war ich doch überrascht, als es hiess Christoph Benz und dann höre ich eine andere Stimme. Aber das ist in Ordnung, da kann ich warten. Die Idee ist, das konnte man im AWB lesen, dass mindestens eine Zusammenarbeit zwischen Binningen und Allschwil - Schönenbuch geplant ist. Wir in der Fraktion fanden, dass wir gerne mehr dazu wissen möchten und haben ein paar Fragen dazu. Es ist dringlich, damit es nicht irgendwann überwiesen wird, und das Projekt bereits ausgeschafft ist und dann noch die Interpellation zur Beantwortung kommt, nachdem die Suppe bereits serviert wurde.

Arnold Julier, Gemeinderat: Ich kann es beantworten, aber die Dringlichkeit sehe ich nicht.

Josua Studer, parteilos: Ich staune immer wieder in diesem Saal, wie hier geschäftet wird. Ich finde es nicht in Ordnung, dass man keinen schönen Ablauf macht und kein geordnetes Verfahren hat. Ich höre von einem Interpellant, dass er möchte, dass es heute überwiesen wird und nicht irgendwann. Eine Interpellation wird nicht überwiesen, sondern die reicht man ein und sie wird so rasch wie möglich vom Gemeinderat beantwortet. Ich habe Mühe, wir sollten mehr Struktur in diesem Ratsbetrieb haben. Es schimpft sich jeder stolz, dass er Einwohnerrat ist. Ich bitte Sie, sich mit dem abzugeben, was eure Aufgaben sind. Lest das Reglement, und auch vom Präsidium wünsche ich mir, dass man die Redereihe vorgibt, dass man den Gemeinderat bittet eine Stellungnahme zu machen, damit wir richtig entscheiden können. Es geht nicht, dass der Gemeinderat sagt, der Einwohnerrat solle selber entscheiden.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Herr Studer, wir haben ein geordnetes Verfahren und es steht den Leuten frei, so wie sie sich heute Abend geäussert haben. Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, dann stimmen wir über die Dringlichkeit ab.

//:

Die Dringlichkeit wird bei diesem Geschäft abgewiesen mit 14 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Ich komme zur Lesung von weiteren Vorstössen, die uns ausgeteilt wurden respektive bereits versendet worden sind. Interpellation betreffend gemeindeeigener Briefkasten, eingereicht von Josua Studer. Interpellation Papiersammlung durch Vereine, eingereicht von Josua Studer. Postulat Erstellung einer Energiebuchhaltung für die Gemeinde Allschwil, eingereicht von Nedim Ulusoy. Postulat betreffend Umgang mit invasiven Neophyten im ganzen Gemeindegebiet, eingereicht von Christoph Benz. Motion betreffend Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum trinationalen Schutzverband gegen nukleare Bedrohung (TRAS), eingereicht von Andreas Bammatter. Motion betreffend Erstellung eines Reglements zur Äufnung eines Fonds zur Finanzierung von innovativen Energieprojekten, eingereicht von Julia Gosteli und Nedim Ulusoy. Motion betreffend Einbezug von Sozialbezügern, eingereicht von Josua Studer.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Mir liegt ein Antrag auf Traktandenlistenänderung vor: Das Geschäft 3996/A Interpellation Landabtausch Baselmattweg und Wegmatten, Traktandum 4, ist dem Geschäft 3995 Volksinitiative für einen Quartierplan Wegmatten, Traktandum 3, vorzuziehen. Diesen Antrag hat Josua Studer gestellt, ich gebe ihm das Wort zur Begründung.

Josua Studer, parteilos: Ich habe Verständnis, dass es von der Geschäftsnummerierung her diese Reihenfolge auf der Traktandenliste bekommen hat. Ich meine aber, Traktandum 3 und 4 betreffen die Wegmatten. Wenn wir das Traktandum 3 behandelt haben, dann sollte man dies ruhen lassen. Somit wäre es ideal, wenn wir Traktandum 4 vorher behandeln, dies würde dann einfließen ins 3. Ansonsten kann es passieren, dass ich bei der Behandlung von Traktandum 3 bereits zu Traktandum 4 spreche.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn es keine Wortmeldungen dazu gibt, dann stimmen wir darüber ab.

://:

Das einfache Mehr wurde nicht erreicht. Es gab 15 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen.

595 01.030 Einwohnerrat

Traktandum

Bericht des Gemeinderates vom 23.03.2011 betreffend
„Alterskonzept Allschwil“
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 3993

Arnold Julier, Gemeinderat: Wie Sie alle wissen, ist die Bevölkerungsstruktur im Wandel, auch in Allschwil. Die ältere Bevölkerung wird ein immer grösserer Anteil, auch die betagten Leute. Das war der Grund, weshalb der Gemeinderat in der Strategie 2009 – 2014 dies berücksichtigt hat, indem er gesagt hat, dass es in Allschwil adäquate Infrastruktur braucht für das Leben im Alter. Das ist gemäss dem Gesetz über Betreuung und Pflege im Alter Aufgabe der Gemeinde, so wie generell die Pflege und Betreuung Aufgabe der Gemeinde geworden ist, indem der Kanton mit dem Gesetz an die Gemeinden delegiert hat. Zur Umsetzung von dieser Leitidee hat der Gemeinderat dem Departement Soziale Dienste - Gesundheit den Auftrag gegeben, ein Konzept auszuarbeiten. Am Anfang gab es die Diskussion, ob es ein Leitbild oder ein Konzept sein soll. Es sollte kein Leitbild sein, sondern ein Konzept, in dem auch Massnahmen enthalten sind, die man auch umsetzen muss. Ich bin froh, dass es so entschieden wurde und somit haben wir ein Konzept, das zwar um einiges umfassender ist als ein Leitbild, aber wir haben den entsprechenden Rhythmus, der beurteilt, wie die Situation in Zukunft sein soll. Es ging um die Zusammensetzung der Projektgruppe. Da gab es verschiedene Meinungen. Soll man eine grosse Gruppe machen, politische Vertreter von jeder Fraktion und Fachleute? Oder soll man es auswärts an Profis geben, die das für uns erstellen? Das hätte viel Geld gekostet, rund CHF 100'000 bis CHF 150'000, und dann wäre es nicht so gut abgestimmt auf die Situation in Allschwil. Interne Leute haben das ebenso gut oder sogar besser gemacht, als wenn man das auswärts gegeben hätte. Wir haben die Arbeitsgruppe zusammengestellt: Marc Wyss, stellvertretender Hauptabteilungsleiter Soziale Dienste – Gesundheit, er sitzt hier im Publikum und schaut, ob ich es richtig vertrete. René Fasnacht,

Präsident des Seniorendienstes Allschwil – Schönenbuch. Verena Müller Daum, Vizepräsidentin des Seniorendienstes Allschwil – Schönenbuch, das ist sie im zweiten Rang. Im ersten Rang war sie als Frau in dieser Arbeitsgruppe. Wir hätten gerne eine zweite gehabt, aber das hat leider nicht funktioniert. Peter Kury, Geschäftsleiter Spitex Allschwil – Schönenbuch, er vertritt den ambulanten Bereich. Karl Gerspacher, Stiftungsratspräsident Alterszentrum am Bachgraben, für den stationären Teil und die Alterssiedlungen. Daniel Siegrist, Hauptabteilungsleiter Soziale Dienste – Gesundheit. Er war da bis zum 31. März 2011. John Diehl, Leiter Koordinationsstelle für Altersfragen im Kanton Baselland. Am 5. Mai 2009 haben wir die Kick-off-Sitzung gemacht und uns dann regelmässig in der Arbeitsgruppe getroffen. Wir haben aber nicht nur in der Arbeitsgruppe gearbeitet, sondern es gab auch Hausaufgabe, was wir dann jeweils für die nächste Sitzung vorbereiten mussten. Im Dezember 2010, anlässlich einer ausserordentlichen Gemeinderatssitzung, hat der Gemeinderat das Alterskonzept beraten und hat im Februar 2011 an einem Workshop die Priorisierung festgelegt der Massnahmen, die die Projektgruppe vorschlugen. Dann gab es eine Präsentation an externe Leistungserbringer wie Spitex, Alterszentrum, Seniorendienst und Parteien. Und heute ist die Vorstellung des Alterskonzepts im Einwohnerrat. Wir hätten es gerne lieber am 24. April gemacht, aber jetzt hat sich der Einwohnerrat selber gestraft, weil heute ein wichtiger Fussball-Tag ist. Jetzt sind wir in der Politik, und wie Sie in der Zeitung gelesen haben, geht Politik vor.

Gemäss dem kantonalen Gesetz über Betreuung und Pflege im Alter ist auf kommunaler Ebene ein Alterskonzept zu entwickeln. Gemäss der Strategie 2009 – 2014 hat der Gemeinderat dies ebenso festgelegt. Die Fragestellung war die: Welche zukunftsorientierte Veränderungen und neue Angebote sind in der kommunalen Altersversorgung aufgrund der demografischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse vorzunehmen und neu zu entwickeln. Der Aufbau vom Alterskonzept ist eine Einleitung mit Begriffserklärungen, Prämissen zum Alter, Untersuchung der Handlungsfelder Information – Beratung – Koordination, Wohnen im Alter, Serviceleistungen für das selbstständige Wohnen und am Schluss ein Fazit. Wir haben es fachlich eingegrenzt. Wir haben zehn Handlungsfelder festgestellt, das sehen Sie im Alterskonzept. Wir mussten uns eingrenzen auf die drei Wichtigsten. Das ist erstens Information, Beratung, Koordination. Zweitens Wohnen im Alter und drittens Serviceleistungen im Alter. Methodisch sind wir so vorgegangen, dass wir uns zuerst Leitsätze formuliert haben. Wenn man die ganzen Leitsätze zusammenfügt und vielleicht ergänzt, hätten wir sogar noch ein Leitbild dazu. Dann haben wir die Ist-Situation erhoben, das war für uns einfach, weil alle Anbieter am Tisch waren und jeder wusste genau, was er anbietet. Dann haben wir die Ist-Situation hinterfragt, was ist gut, was kann man verbessern und was braucht es neu. Wir haben auch Massnahmen definiert und diese hat der Gemeinderat priorisiert. Diese finden Sie auch im Alterskonzept. Die Begriffserklärung Wohnen im Alter: Einer sagt Wohnen im Alter, einer sagt altersgerecht Wohnen, einer sagt behindertengerecht Wohnen, ein anderer sagt Wohnen mit Serviceleistungen. Wir mussten uns festlegen, wie wir dies bezeichnen möchten. Wir haben uns dazu entschieden zu sagen, selbstständiges Wohnen, betreutes Wohnen, was Serviceleistungen beinhaltet, 24 Stunden Notfallbereitschaft, Anwesenheitskontrolle und eine Ansprechperson vor Ort.

Wohnen im stationären Alters- und Pflegeheim. Die Prämisse ist, dass die Gesellschaft älter wird. Wir haben immer höhere Lebenserwartungen, die Lebenserwartung für die Frau ist heute 84 und für den Mann 79. Hier sehen Sie die Entwicklung der Altersgruppen in Allschwil seit 1980. Die obersten Balken werden immer grösser. Das ist ein Verhältnis, wo viele sagen, dass der Generationenvertrag in Gefahr sei. Wir haben uns konzentriert auf die Prognose, die sehen Sie hier. Das sind Zahlen, die wir für unsere Arbeit berücksichtigt haben. Wohnwünsche von älteren Menschen haben wir einer Studie entnommen, die der Kanton Basel-Stadt gemacht hat, wo auch ein Teil der Region mit berücksichtigt wurde. Bei Aufgabe der Wohnungen aus Altersgründen wünscht sich die Mehrheit der älteren Menschen eine kleinere Wohnung. Wohnen im angestammten Wohnumfeld geniesst grösste Zustimmung. Die Leute möchten am liebsten dort bleiben, wo sie waren, auch wegen der sozialen Umgebung und der sozialen Einbindung, die sie im Quartier haben. Alters- und Pflegeheime sind weniger gewünscht. Betreutes Wohnen ist beliebter, es wird von 50% der älteren Menschen als Wohnoption bejaht. Die wirtschaftliche Lage der älteren Menschen hat sich verändert, früher hiess es alt gleich arm, das ist heute nicht mehr so. Trotzdem gibt es hohe Einkommens- und Vermögensungleichheiten innerhalb der Rentnergeneration. Die finanzielle Sicherheit ist in Frage zu stellen. Mit der Finanzierung der Altersversorgung mit der Strategie ambulant vor stationär, will man der steigenden Kostenentwicklung entgegenwirken. Erst bei hoher Pflegebedürftigkeit ist die stationäre Pflege kostengünstiger gegenüber der ambulanten Pflege. Das fehlende Angebot an hindernisfreien Wohnungen verleitet zu Fehlsteuerungen und Mehrkosten. Die Ist-Situation vom ersten Handlungsfeld Information, Beratung, Koordination. Die einzelnen Leistungserbringer der Gemeinde informieren und beraten die Bevölkerung über eigene Dienstleistungen. Das ist der Seniorendienst, die Spitex, das Alterszentrum, die Gemeindeverwaltung. Alle informieren und beraten. Wenn ein Telefon an die Spitex kommt mit einer Frage zum Alterszentrum, dann wird das weitergeleitet, das funktioniert eigentlich sehr gut. Kritisch ist, dass wir keine zentrale Informations- und Beratungsstelle für Altersfragen haben. Wir brauchen eine bessere Vernetzung und Koordination unter

den externen Leistungserbringern und zwischen der Gemeinde und den Leistungserbringern. Das ist sehr erwünscht. Massnahmen zu diesem Handlungsfeld: Bildung einer kommunalen Fachstelle für Altersfragen, Case-Management. Bildung einer Alterskommission.

Handlungsfeld Wohnen im Alter, selbstständiges Wohnen in hindernisfreien Wohnungen. Betreutes Wohnen ist weitgehend selbstständig, aber es braucht eine Unterstützung. Wohnen im Alters- und Pflegeheim. Selbstständiges Wohnen, Wohnbauten mit 8 und mehr Wohneinheiten müssen gemäss Behindertengesetz hindernisfrei sein. Die Baunorm SIA 500, seit dem 1.1.2009 in Kraft getreten, definiert, was hindernisfreies Wohnen ist. Allschwil verfügt über 1007 weitgehend hindernisfreie Wohnungen. Das ist aber nicht die ganze Statistik, weil früher keine Liste geführt wurde, darum sind da nicht alle aufgeführt, aber 1007 Wohnungen hat es ganz sicher. Hindernisfrei gebaute Wohnungen eignen sich ideal als Alterswohnsitz. Als erstes Glied der Versorgungskette hat diese Art von Wohnen hohe Priorität, ein knappes Angebot an hindernisfreien Wohnungen führt zu einer verstärkten Nachfrage an betreutem Wohnen und stationären Pflegebetten. Selbstständiges Wohnen, Objektträger von Massnahmen dazu, Objektträger von Mehrfamilienhäusern für hindernisfreie Sanierungen gewinnen. Erhebung des Wohnungsbestandes in Allschwil bezüglich Hindernisfreiheit. Betreutes Wohnen, Alterssiedlung am Bachgraben. Wir haben dort 97 Wohnungen. Es sind mehrheitlich 1-Zimmerwohnungen und wenige 2-Zimmerwohnungen. Die Nachfrage kann innert nützlicher Frist abgedeckt werden. Die Siedlung ist in die Jahre gekommen und weist einen erheblichen Sanierungsbedarf auf. Man muss es anpassen, auch wegen der Grösse, weil es mehrheitlich 1-Zimmerwohnungen sind, braucht es eine Veränderung. Wir haben eine Bedarfsplanung studiert, es gibt überhaupt keinen Schlüssel, wie man dies berechnet, wie viel betreutes Wohnen es braucht und wie der Bettenbedarf ist. Wir hatten einem hohen, einen mittleren und einen tiefen Berechnungsschlüssel. Wir sind dann auf einen Berechnungsschlüssel von 3,5% gegangen, auch in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle Baselland und sind darauf gekommen, dass wir 2012 113 Wohnungen bzw. Betten haben sollten, 2013 129. Massnahmen, um dies zu erreichen: Neubau von betreutem Wohnen auf gemeindeeigener Baulandreserve. Der Gemeinderat findet klar, dass dies auf dem Elefantacker vollzogen werden sollte, weil das dort der ideale Ort ist in ganz Allschwil für betreutes Wohnen. Teilweise Sanierung der Alterssiedlung am Bachgraben, die 2 Wohnblöcke. Den anderen Wohnblock brauchen wir dann für den stationären Teil, den man noch bauen muss. Wohnen im Alters- und Pflegeheim, 200 stationäre Pflegebetten im Altersheim sind vorhanden. 90% der Bewohner stammen aus Allschwil und Schönenbuch. Durchmischte Pflegestruktur der Bewohnenden, von 0 bis 12 der Pflegestufen sind alle vorhanden. 8 Personen warten im stationären Rahmen auf einen Pflegeplatz, das war 2011. Die Nachfrage kann innert nützlicher Frist abgedeckt werden. Die kantonale Berechnungsgrundlage haben wir in Frage gestellt. Wenn wir die nehmen würden, dann hätten wir heute einen Mangel von 48 Pflegebetten. Das trifft aber im Moment nicht zu, es sind nur 8, die im Spital warten. Der Bettenbedarfsschlüssel von 16% sollte ausreichend sein, weil lediglich 8 Personen in Spitälern sind und 36 Personen mit keinem oder geringem Pflegebedarf im Altersheim sind. Wir haben eine gute ambulante Pflege und ein Betreuungsangebot der Gemeinde. Planungsbedarf für Betten Alters- und Pflegeheim. Nach dem Schlüssel von 16% müssen wir 2020 255 Betten haben, und im 2030 292. Massnahmen dazu ist die Sicherstellung, dass mittelfristig der Pflegebettenbedarf von 55 Betten erreicht werden kann im 2020. Sicherstellen, dass der langfristige Pflegebettbedarf, 92 Betten, bis 2030 geschaffen werden kann.

Handlungsfeld Serviceleistungen für das selbstständige Wohnen, Pflege und Betreuung durch Angehörige, Freiwilligenarbeit des Seniorendienstes, Tagesstätte und Spitex. Viele pflegende Angehörige betreuen mit grossem Engagement ihre Angehörigen. Es gibt auch Nachbarn und Bekannte, die dies auch tun. Das ist ein wichtiges Glied in der Versorgungskette der Betreuung und Pflege von älteren Menschen. Massnahmen: Zusätzliches Entlastungsangebot schaffen, damit sie sich auch Freiräume schaffen können, wenn sie ihre Verwandten pflegen. Eine Revision des Reglements über Beiträge an die Pflege zuhause. Freiwilligenarbeit, Seniorendienst, 140 Helferinnen und Helfer in 10 Dienstgruppen bieten verschiedene Angebote an. Im 2009 haben sie 11'062 Stunden erbracht, wovon 9'098 auf freiwilliger Basis gemacht wurden. Auch diese Statistik ist sicher nicht komplett, es gab sicher mehr Stunden als die, die man statistisch erfasst hat. Die Lücken in der ambulanten Versorgung schliessen. Der Seniorendienst kann den Leuten helfen, damit sie länger in ihrer angestammten Wohnung bleiben können. Vor allem wichtig ist das Vorbeugen vor Vereinsamung der älteren Leute. Als Massnahmen haben wir definiert, neue bedürfnisorientierte Angebote im Leistungskatalog aufzunehmen. Das ist teilweise bereits erfolgt, indem zwei halbe Tage Klausurtagung gemacht wurde, wo man sich auch über diesen Bereich Gedanken gemacht hat. Die Tagesstätte betreut 12 Personen am Tag. 85% der Besucherinnen und Besucher sind zwischen 65 und 80 Jahre alt. Die Besucherzahlen von 2005 bis 2009 sind von 2'417 auf 3'060 gestiegen. Das heisst, in vier Jahren 27% Besucheranstieg. Massnahmen dazu: Bedarfsgerechter Ausbau der Tagesstätte auf 20 Plätze. Eine Nachtstätte für demente Besucherinnen und Besucher oder auch für andere, wo es Entlastung geben soll, wenn sie zuhause gepflegt werden. Spitex: Ambulante Pflege, Betreuung und Hauswirtschaftshilfe machen sie an 7 Tagen pro Woche. Die Spitex hat einen 24-Stunden-Notfalldienst, rund 250 Kundinnen und Kunden werde so betreut, 57% der

Kundschaft ist älter als 80 Jahre. Auch da gibt es einen steigenden Pflegeeinsatz, 65% in fünf Jahren. Das heisst von 2003, 21'679 Einsätze, bis 2009, 36'114 Einsätze. Massnahmen: Erweiterung der Präsenzzeiten bis 22.00 Uhr. Am liebsten hätten wir, dass es ein 24-Betrieb ist, Zusammenschluss mit weiteren Spitexorganisationen, mit subventionierte Serviceleistungen im Leistungskatalog aufnehmen, wie zum Beispiel Einkaufen, dringende Reparaturen, zusätzlich zu den Haushaltshilfen, die die Spitex bereits anbietet.

Das Fazit ist, dass der Entwicklungsbedarf in allen Handlungsfeldern besteht innerhalb der Altersversorgungskette. Ein koordiniertes Massnahmenpaket nach dem Grundsatz ambulant vor stationär soll realisiert werden. Ambulante Serviceleistungen und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige spielen dabei eine zentrale Rolle. Hindernisfreie Wohnungen für ältere Menschen fördern und ein ausreichendes Angebot an betreuten Wohnplätzen bereitstellen. Eine zentrale Informations- und Beratungsstelle für ältere Menschen einrichten. Wir haben schon einige Sachen, die wir bereits aufgegleist haben, aber wir müssen noch warten, bis der Einwohnerrat heute Kenntnis nimmt und welche Diskussion erfolgen wird. Entsprechend werden wir dies irgendwie berücksichtigen. Ich sage besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn das Eintreten in dieses Geschäft nicht bestritten wird, eröffne ich die Beratung.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion hat das Konzept mit grossem Interesse angeschaut und möchte dem Gemeinderat und allen involvierten Personen den grössten Dank aussprechen für das sehr fundierte Konzept. Die Gemeinde Allschwil ist in der privilegierten Lage als einzige Gemeinde im Kanton ein derartiges Konzept in der Hand zu halten, und dafür danke wir sehr herzlich.

Hans-Peter Tschui, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion findet dieses Konzept einen sehr guten Wurf. Ich möchte mich über den Inhalt nicht weiter äussern. Es sind die richtigen Akzente gesetzt und die entsprechenden Prozesse für die Umsetzung sind gut beschrieben. Ich habe als Ratsältester und als elastischer grauer Panther ein paar Bemerkungen. Wir haben in dieser Legislatur viel geredet über die Förderung und Betreuung der Jugend, über Tagesstrukturen, über Schulhäuser und Kindergärten, etc. Das ist richtig und wichtig, denn das sind Investitionen in die Zukunft. In den letzten drei Jahren hat diejenige Generation, die sich jetzt zurückgezogen hat, und die viel dazu beigetragen hat, dass es unserer Gesellschaft heute so gut geht, etwas zu wenig Aufmerksamkeit erhalten. Ich bin persönlich froh und dankbar, dass der Gemeinderat mit diesem Konzept die Weichen in die richtige Richtung stellt. Ich wünsche mir, dass mit den vorgesehenen Gremien, die Alterskommission, die betroffene Generation angemessen berücksichtigt wird.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Das Alterskonzept ist da, hurra hurra hurra. Endlich. Nachdem ich an der letzten Einwohnerratssitzung darum gebeten habe, dass das lang ersehnte Alterskonzept zu uns kommt, ist es am Donnerstag, 14. April, dem Einwohnerrat per Post übergeben worden. Ich nehme nochmals kurz Bezug auf meine eingereichte Motion, wo ich im Februar den Gemeinderat gebeten habe, in der gleichen Manier, wie es bei anderen Grossprojekten in Allschwil üblich ist, den Einwohnerrat aktiv einzubeziehen. Ebenso habe ich gewünscht, dass endlich ein Meilensteinkonzept erstellt werden soll. Zu meiner grossen Freude hat der Gesamtgemeinderat die Zeichen der Zeit erkannt und wirklich ein ambitioniertes Alterskonzept dokumentiert, verabschiedet und heute dem Einwohnerrat präsentiert. Dafür danke ich sehr. Es ist seit November 2010, wo Gemeinderat Julier das Papier hier zum ersten Mal in die Höhe gehalten hat, etwas gegangen. Speziell erwähnen möchte ich die ganz tollen Übersichten, Massnahmenplan Alterskonzept und Wohnformen im Alter. Das sind die Beilagen A und B, die schön zeigen, was der Gemeinderat in der nächsten Zeit für uns im Sinn hat. Am 4. März, bei der ersten halböffentlichen Präsentation war ich noch skeptisch, ob das Ganze nicht ein interner Papiertiger bleiben wird. Das ist Gott sei Dank jetzt Vergangenheitsbewältigung. Ich danke allen Beteiligten und speziell dem Gesamtgemeinderat für seinen speziellen Effort für das Wohl unserer Gemeinde, besonders im Namen der älteren Einwohnerinnen und Einwohner von Allschwil, die immer eine bedeutendere Gruppe in unserer Gemeinschaft werden. Arnold Julier hat es gezeigt und auf Seite 16 sieht man die Grafik, die Altersprojektion für Allschwil. Besonders hat mich gefreut, dass die bereits im 2000 eingereichte Petition der SP, altersgerechte Wohnformen, jetzt vom Gemeinderat mit Priorität 1 bewertet worden ist und die Realisierung bald in die Hand genommen werden soll. Gerne zitiere ich nochmals den wichtigen Abschnitt auf Seite 36. Auswirkung der aktuellen Situation. Ein knappes Angebot an normalen hindernisfreien Wohnungen führt tendenziell zu einer verstärkten Nachfrage nach betreutem Wohnen und

Plätzen in stationären Alters- und Pflegeheimen. Das aktuell knappe Angebot an kostengünstigen und hindernisfreien Wohnungen in Allschwil verstärkt den Druck auf das betreute Wohnen und die knappen stationären Pflegeplätze. Ein grösseres Angebot an geeignetem und bezahlbarem Wohnraum, bezahlbar bezieht sich auf die Richtmietwerte, welche von den Ergänzungsleistungen festgelegt sind, diese liegen für Personenhaushalte bei 1-Personenhaushalte bei CHF 1'100 und bei 2-Personenhaushalte bei CHF 1'250. Ein grösseres Angebot an geeignetem und bezahlbarem Wohnraum für ältere Personen würde Wohnraum für andere Generationen wieder frei machen. Das ist genau das, was wir brauchen. Ebenso können wir mit kleineren Massnahmen im Bereich Infrastruktur, wie sie Alt-Einwohnerrätin Mathilde Oppliger beim Trämlispielplatz fordert, oder mit denen im Gang befindlichen Trottoirabsenkungen oder die Nähe zu einer Postagentur, eine grosse Wirkung erzielen, die die ältere Generation mit Erleichterung und Freude entgegen nehmen wird. Die geplante Fachstelle für Altersfragen bringt endlich eine angemessene Würdigung für die immer grösser werdende Altersgruppe. Wenn ich jetzt nochmals vom Gemeinderat explizit höre, dass er sowohl eine Alterskommission als auch eine Arbeitsgruppe betreutes Wohnen einsetzen wird, dann wird das folgende Traktandum auf der heutigen Liste von meiner Seite her sehr kurz sein. In diesem Sinne freue ich mich auf die geplante Umsetzung, die mit diesem Konzept als Fundament gut gelingen sollte. Abschliessend bin ich fest davon überzeugt, dass bei aller Freude über das wirklich gute Alterskonzept, wir nicht am Konzept gemessen werden, sondern an der Umsetzung. Erst die Umsetzung, die wir mitbestimmen, wird eine nachhaltige Wirkung zeigen.

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Auch wir begrüssen die Ausarbeitung des Alterskonzepts und ich möchte mich gerne im Namen meiner Fraktion dem Dank meiner Vorredner für die Ausarbeitung anschliessen. Bei der Umsetzung des Konzepts möchten wir auf einige Punkte hinweisen, die uns wichtig sind. Wir möchten anregen, dass möglichst marktwirtschaftliche Instrumente eingesetzt werden, zum Beispiel Anreize in Form von höherer Nutzungsziffer. Wir würden es weiter begrüssen, wenn bei der Finanzierung von selbstständigen und betreuten Wohnungen möglichst private Investoren die Finanzierung übernehmen. Wir würden es weiter begrüssen, wenn möglichst eine Subjektfinanzierung anstatt Objektfinanzierung zum Zuge kommt. Das heisst, dass man vor allem die Bedürftigen unterstützt, und nicht unbedingt das Objekt. Gemeinderat Arnold Julier hat selber gesagt, dass alt nicht mehr gleich arm ist. Darum wäre es sinnvoll, dass man gezielt die bedürftigen älteren Personen unterstützt anstelle eines Gieskannenprinzips.

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Bevor wir weitergehen möchte ich gerne allen danken und alle Komplimente unterstreichen. Ich möchte den Finger aber noch auf einen wunden Punkt legen. Gemeinderat Julier hat eine Folie hingelegt, alt nicht gleich arm. Vorher hat Andreas Bammatter auf eine Stelle hingewiesen auf Seite 36 im Konzept. Da ist mir beim Zuhören und Mitdenken etwas aufgefallen. Auf der Folie stand, dass alt nicht gleich arm bedeute, aber am Schluss hiess es, die finanzielle Sicherheit sei in Frage zu stellen. Das hat mich stutzig gemacht. Alt nicht gleich arm, aber die finanzielle Sicherheit soll man in Frage stellen. In Beilage 2, die der Gemeinderat geliefert hat, sind diverse Wohnungen aufgelistet, die die Gemeinde zurzeit bieten kann. Vor allem ist wichtig, dass es selbstständiges Wohnen ist, sodass die Leute zuhause sein können. Das ist eine riesige Zahl, 1007 Wohnungen sind hindernisfrei gebaut. Ich habe gestutzt, als ich dies gelesen habe. Klar, wir haben viele solche Wohnungen, das tönt toll für die betagten Leute, die das brauchen. Es wäre schön, wenn diese Wohnungen auch benutzbar wären für die älteren Herrschaften, die jetzt im alten Hüslü wohnen oder langjährige Mieterinnen sind in Mietwohnungen. Die Wohnungen, die hier drin sind, das ist zum Beispiel der Elco-Park oder die in Ober-Allschwil, damit meine ich das Ziegelei-Areal. Da hat es Hunderte von hindernisfreien Wohnungen. Da sind die Leute, die es sich leisten können. Keine Schwellen, da fällt das Kind nicht um, dafür muss es mit dem Auto in die Schule gebracht werden, weil es nicht gelernt hat, die Beine zu lüpfen. Das Problem sind Wohnungen, die zahlbar sind, für Leute, die Platz frei machen. Das ist ein grosses Anliegen. Es geht nicht um tolle Wohnungen, die einen Preis kosten, die Pension und AHV wegschlucken, sondern Wohnungen, die den Platz freimachen. Die Zahl 1007 macht mich schlicht und einfach sauer. Die sind nicht brauchbar für die Leute, die wir ansprechen möchten.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich bin auch sehr zufrieden mit dem Konzept. Ich habe einen Kritikpunkt, den Andreas Bammatter bereits angekündigt hat. Es geht um die Infrastruktur und die Grundversorgung. Da steht auf Seite 9, dass diese Themen nicht genauer betrachtet werden sollen und erst bei der nächsten periodischen Überprüfung des Alterskonzepts genauer angegangen werden sollen. Ich finde, Infrastruktur und Grundversorgung sind Sachen, wo man mit relativ kleinem Aufwand eine grosse Wirkung erzielen könnte. Ich möchte gerne von Arnold Julier wissen, was das heisst, erst nach der nächsten periodischen Überprüfung dieses Konzepts. Heisst das, dass man das Thema Einkaufen,

Bänke, Trottoirabsenkungen, Post oder Toiletten erst nach 2014 anschaut? Ich hätte das gerne in vorderster Priorität, weil das etwas ist, das schnell grosse Wirkung zeigen könnte.

Arnold Julier, Gemeinderat: Das mache ich gerne. Wenn Sie die Folien gesehen haben, dann ist das eine Massnahme. Die Massnahmen versuchen wir sofort umzusetzen. Das ist auch bei den anderen Massnahmen so. Hingegen die anderen Handlungsfelder, die ich gesagt habe, die wir nicht behandeln können, behandelt dann die Alterskommission, und innerhalb von fünf Jahren muss sie einen Bericht machen, was sie von den Handlungsfeldern alles gemacht haben. Aber die Massnahmen, die hier aufgezeigt wurden, die möchte man sofort oder so bald wie möglich umsetzen.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Und da gehört die Infrastruktur dazu?

Arnold Julier, Gemeinderat: Ja, klar

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich habe noch einen Punkt. Meine Eltern haben sich vor ein paar Jahren für einen Wohnungswechsel interessiert wegen Treppenhausgeschichten. Sie sind ins Alterszentrum schauen gegangen und haben gerade wieder rechtsumkehrt gemacht. Sie fanden das unmöglich, zu zweit kann man dort nicht sein, das ist zu klein. Ich fand es witzig, wie es in dem Konzept formuliert ist. Auf der einen Seite heisst es, dass wir beim begleiteten Wohnen ein genügendes Angebot haben, und auf der anderen Seite wird angetönt, dass es kein zeitgemässes Angebot momentan gibt. Ich bin sehr froh, dass man das hier drin erkannt hat und dass man diese Wohnungen in der Alterssiedlung vergrössern will und dass man vorwärts macht mit etwas Neuem. Es ist wie die Betrachtung, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Ich finde eindeutig, es ist halb leer im Moment. Ich bin froh, dass es weiter geht.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Erlauben Sie mir kurz das Wort zu ergreifen zu diesem wichtigen Thema. Wir hatten eine Sitzung zusammen mit John Diehl, das ist der Leiter der Koordinationsstelle für Altersfragen im Kanton Baselland. Er hat an diesem Konzept mitgewirkt und im Rahmen der Mitwirkung hat er folgendes gesagt: The Oscar goe's to Allschwil. Ich denke, das darf man so sagen. Es wurde heute Abend gesagt, dass wir eine Vorbildgemeinde sind, in dieser Funktion und auch in anderen. Wir können mit diesem Altersleitbild und dem Alterskonzept, das wir heute vorstellen, einen Meilenstein setzen, wie es der Auftrag war der Arbeitsgruppe. Ich möchte der Arbeitsgruppe unter der Leitung von Arnold Julier, aber auch Marc Wyss hat tatkräftig mitgearbeitet, ganz herzlich danken. Man darf diesen Erfolg nicht unter den Scheffel stellen. Wir haben heute ein Konzept mit einer klar analysierten Ausgangslage. Der Bedarf ist erfasst, die Definitionen sind bestimmt, die Massnahmen sind definiert und das Ganze ist sogar nach Priorisierungen auf die Zeitachse gestellt worden. Wir können es heute kaum abschätzen, welch wertvolles Instrumentarium wir in der Hand haben. Es ist mir klar, dass die Umsetzung schwierig werden wird. Es liegt auch an Ihnen, bei der Umsetzung mitzuhelfen, denn es gibt viele kostenintensive Fragen, die zu beantworten sind bei der Umsetzung. Wir haben heute betreutes Wohnen, indem die Spitex die Betreuung nach Hause bringt. Wenn man das betreute Wohnen zusammen nimmt, dann redet man von begünstigtem Wohnen, der Mietzins wurde angesprochen. Das sind Fragen, die im Einwohnerrat ein paar Diskussionen auslösen werden. Ich bitte Sie, sich an Ihre Voten von heute Abend zu erinnern, wenn es ums Geld geht.

Ich habe den Zwischenton immer wieder gehört, dass wir endlich etwas fürs Alter machen. Das muss ich ganz massiv und vehement in Abrede stellen, wir haben schon immer etwas für das Alter gemacht. Ich möchte für alle, die sich fürs Alter einsetzen, eine Lanze brechen. Sie sitzen nämlich hier, aber ich hätte es auch sonst gesagt. Wir haben viele Freiwillige, die ihre Eltern zuhause betreuen, den Seniorendienst, die Spitex und das Alterszentrum. Keine dieser Institutionen ist in den letzten Jahren stehen geblieben, jede Institution hat sich massiv entwickelt. Sie sind nicht nur der Entwicklung hinterher gelaufen, sondern sie haben die Entwicklung geprägt. Wir dürfen heute noch in Anspruch nehmen, dass unsere Institutionen auch für das Alter Vorbildfunktionen haben, vor dem Konzept und garantiert nach dem Konzept. Sie haben die einzelnen Diskussionen gehört zum Thema Spitex und Alterszentrum, wo schon lange Pläne erarbeitet wurden, wie es weitergehen soll mit der Betreuung von älteren Personen. Ich bitte Sie, dem Rechnung zu tragen und den enormen Einsatz von allen Menschen, die im Altersbereich arbeiten, zu honorieren.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir zur Detailberatung.

Juliana Weber Killer, 2. Vizepräsidentin:

1. Ausgangslage
2. Projektauftrag des Gemeinderates
3. Gesamtüberblick des Alterskonzepts
4. Priorisierung der einzelnen Massnahmen
5. Entwicklungsszenarien im Handlungsfeld Wohnen im Alter
6. Anträge

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zum gestellten Antrag des Gemeinderates.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Ich entschuldige mich, ich weiss nicht, ob ich etwas verpasst habe. Ich hätte noch eine Verständnisfrage zum Bericht an Herrn Julier. Es geht um Seite 45 des Alterskonzepts. Da sind die jährlichen Pflegebeiträge nach Alterskategorien im Jahr 2009 aufgelistet. Da hat es eine Gesamtsumme von CHF 187'925 aus dem Jahr 2009. Eine Seite weiter, Seite 46, hat es eine Grafik, die genau gleich beschriftet ist, Entwicklung der Pflegebeiträge im Jahresvergleich, und da ist im Jahr 2009 die Zahl 279'325 eingesetzt. Was ist der Unterschied zwischen diesen beiden Beträgen?

Arnold Julier, Gemeinderat: Diese Zahlen müssten noch überprüft werden.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Der Antrag lautet: Der Einwohnerrat nimmt das Strategiepapier Alterskonzept Allschwil zur Kenntnis.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

596 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Motion von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 15.02.2011 betreffend „Alterskonzept Allschwil“
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 3992

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich ziehe selbstverständlich, wie ich das angekündigt habe, die Motion zurück.

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 04.05.2011 betreffend
Volksinitiative für einen Quartierrichtplan Wegmatten
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber, Geschäft 3995

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Das ist ein Geschäft, das auf den Gemeinderat eingebrochen ist, wir haben in diesem Sinn nicht damit gerechnet. Ich nutze diese Gelegenheit gerne, ein paar Standpunkte des Gemeinderates im Rahmen der Diskussion um die Wegmatten zu präsentieren. Wenn ich sage, dass wir überrascht wurden, dann können Sie mir das insofern glauben, als dass wir im strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplan der Gemeinde Allschwil – ich habe ihn extra mitgenommen, falls jemand nachschauen möchte – von 2009 bis 2014 über die Wegmatten nichts geschrieben haben. Wir haben dort nicht geschrieben, dass wir sie überbauen möchten oder sonst irgendwie nutzen. In würdevollem Respekt vor den Volksabstimmungen, die wir hatten, ist der Gemeinderat nach selbstverständlich gewalteter Diskussion zum Schluss gekommen, dass wir grundsätzlich die Wegmatten so belassen. Das ist eine ganz wichtige Aussage. Das heisst, wir hätten von uns aus selber generell zum Thema Wegmatten nichts unternommen. Man hört, und das wird im Verlauf dieser Diskussion sicher vorgebracht werden, dass so viel gebaut wird in Allschwil. Auch da möchte ich Ihnen grundsätzlich die Strategie des Gemeinderates sagen. Es wird immer wieder vergessen, dass es nicht die Gemeinde ist, die baut, sondern es sind private Investoren, die bauen. Ich bitte Sie, daran zu denken. Bauen kann man in Allschwil nur im Rahmen eines Quartierplanes. Der Quartierplan ist am Schluss beim Einwohnerrat immer über den Tisch gegangen. Das heisst, dass auch das Volk indirekt mitgeredet hat. Ich rede vom Ziegelei-Areal oder vom ELCO-Park. Sie werden auch beim UBS-BASF-Areal mitreden können. Das finde ich wichtig zu sagen. Wenn der Gemeinderat einen Ehrgeiz hat, da stehe ich heute gerne und offen dazu, dann ist das nachher die Diskussion um den Elefantenacker. Arnold Julier hat es vorhin gesagt, und es ist in mehreren Diskussionen heute Abend zum Ausdruck gekommen. Es geht um das betreute Wohnen, das wir auf dem Elefantenacker realisieren möchten. Es gibt nicht mehr viele Parzellen, die im Eigentum der Gemeinde Allschwil sind. Die Gemeinde allein bestimmt, was gebaut wird, für was gebaut wird und zu welchem Preis gebaut oder vermietet wird. Wenn man also irgendwo in Allschwil von einem preisgünstigen betreuten Wohnen reden will, dann ist das einzig und allein auf diesem Areal möglich, der Elefantenacker, innert nützlicher Frist. Der Gemeinderat ist entschlossen, wir haben das so diskutiert, dieses Ziel zu verfolgen. Wenn Sie das Alterskonzept intensiv gelesen haben, dann steht da ein austariertes Wort, es geht um die Frage des Baurechtszinses. Wir haben klar geschrieben "ein moderater Baurechtszins". Wir sind uns einig, was ein moderater Baurechtszins heisst. Er wird sich nicht zwingend an der Marktmiete orientieren, aber letztendlich auch nicht massiv darunter fallen, darum moderat. Aber es wird Möglichkeiten geben, den Bedürfnissen von einem günstigen betreuten Wohnen gerecht zu werden. Das ist die erklärte Stossrichtung, die der Gemeinderat hat zum Thema Wegmatten. Wir werden auch, so hoffe ich, zu diesem Thema, gestützt auf das Alterskonzept, an Sie herantreten. Wir können selbstverständlich auch über andere Parzellen diskutieren, das haben wir gemacht. Wir können noch über die Dürrenmatten oder das Sturzenegger-Areal diskutieren. Das sind beides Areale, die wir als nicht derart geeignet anschauen, um ein betreutes Wohnen zu realisieren wie auf dem Elefantenacker. Wenn es darum geht eine Antwort abzugeben zur Volksinitiative, dann hat sich der Gemeinderat die Frage gestellt, ob wir einen Gegenvorschlag unterbreiten sollen oder was sollen wir mit dieser Volksinitiative machen. Wir haben uns intensiv beraten und sind am Schluss ganz klar auf einen Wortlaut eingestiegen, und auf diesen Wortlaut möchte ich den Gemeinderat und den Einwohnerrat verpflichten, damit man genau weiss, auf was man sich einlässt. So wie wir die Volksinitiative interpretieren, liegt das Schwergewicht im zweiten Satzteil, nämlich dass wir einen Quartierrichtplan im Sinne einer Konzeptstudie unter Einbezug der Bevölkerung erstellen. Wir reden von einer Konzeptstudie, das kann am Schluss eine Handskizze oder ein Computermodell sein, das grob aufzeigt, was eine künftige Nutzung dieses Areals Wegmatten sein kann. Aus der Sicht des Gemeinderates bedeutet das noch lange keine Überbauung der Wegmatten, wie man da suggerieren könnte. Ich habe gesagt, im Strategiepapier des Gemeinderates steht kein Wort zu diesem Thema. Unser Ziel ist grundsätzlich, dass wir betreutes Wohnen auf dem Elefantenacker realisieren können. Wenn der Rest grün bleibt, dann ist das heute Park und für die Zukunft Landreserve. Das heisst mit anderen Worten aber auch, dass wir in dieser Konzeptstudie die Möglichkeit haben, uns an den heutigen und künftigen Bedürfnissen zu orientieren. Wir können die heutigen Bedürfnisse, wie sie an uns herangetragen werden, mit der Bevölkerung und den Parteien aufnehmen, sie diskutieren und eine Umsetzung anschauen. Eine Parkanlage kostet auch Geld, es ist nicht nur Beton, der Geld kostet. Das ist ein wichtiger Aspekt für die Finanzierung. Im Rahmen von dieser Konzeptstudie kann man eine Antwort für die Zukunft geben, was

wird künftig der Bedarf sein der Gemeinde Allschwil. Zurzeit sind wir mit der Gemeindeverwaltung, mit dem Feuerwehrmagazin, mit dem neuen Schulhaus und den Kindergärten grundsätzlich bedient. Aber es wird in Zukunft möglich sein, dass wir in dieser Zone wieder Standort brauchen für neue Baulichkeiten. Im Strategiepapier steht nichts von einem Veranstaltungssaal, aus der Sicht des Gemeinderates. Aber es ist an der Zeit, dass wir nach rund 10 Jahren, so weit liegen nämlich diese Abstimmungen zurück, obwohl sie uns heute noch sehr präsent sind, uns Gedanken machen über eine mögliche weitere Nutzung von diesem Areal. Wir haben beschlossen, dass wir dieser Volksinitiative so folgen möchten, im Sinne einer Konzeptstudie unter Einbezug der Bevölkerung, basisdemokratisch, davon hatten wir es heute schon, ähnlich wie wir es beim neuen Schulhaus gemacht haben, und dann auch mit den Parteien.

Es ist noch eine andere Initiative am Laufen, die die Wegmatten als solches grün haben möchte. Dort wurde die Quadratmeterzahl genannt. In die Quadratmeterzahl, die grün bleiben soll, fällt auch der Elefantenacker rein. Diese Initiative wird, wenn sie zustande kommt oder bereits zustande gekommen ist, auf dem Elefantenacker das betreuten Wohnen mehr als nur in Frage stellen zum heutigen Zeitpunkt. Das würde der Gemeinderat sehr bedauern. Es ist aber sehr interessant, wir hätten dann möglicherweise zwei Volksaufträge. Auf der einen Seite das Thema Konzeptstudie und auf der anderen Seite das Grün behalten der Wegmatten. Der Gemeinderat hat diskutiert, wie wir hier vorwärts gehen wollen. Wir werden die beiden Initiativen parallel laufen lassen und wir werden jede einzelne Initiative behandeln. Der Gemeinderat behält sich vor, allenfalls bei der zweiten Initiative mit einem Gegenvorschlag zu kommen, damit wir nochmals über das betreute Wohnen diskutieren können. Das sind wichtige Aspekte, die man berücksichtigen muss zum Thema Wegmatten und den verschiedenen Initiativen. Die eine ist bereits zustande gekommen und liegt vor, die andere wird uns wahrscheinlich noch vorgelegt werden.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Eintretensdebatte.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Wir von der Grünen Fraktion möchten Ihnen nahe legen in dieses Geschäft nicht einzutreten, und zwar nicht wegen dem FCB-Match, sondern wegen anderen Überlegungen. Anton Lauber hat darauf hingewiesen, dass die Unterschriftensammlung für eine zweite Initiative im Gang ist. Diese Initiative möchte, dass das Wegmattenareal zu einer Parkanlage aufgewertet wird. Auch der Gemeinderat geht in seinem Bericht davon aus, dass diese Initiative zustande kommt und darüber abgestimmt wird. Wenn wir das Geschäft heute abend behandeln, dann besteht die Möglichkeit, dass die CVP-Initiative gutgeheissen wird, dass wir einen Planungskredit sprechen, eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird und dass umfangreiche Planungen in Gang gebracht werden zur Gestaltung dieses Areals. Die Stossrichtung der CVP-Initiative lässt vermuten, dass es in Richtung einer Mischnutzung geht. Wenn die Initiative "Wegmatte bleibt grün" an der Urne gutgeheissen wird, dann wäre die ganze Arbeit dieser Arbeitsgruppe für die Katze. In Zusammenhang mit den Wegmatten hat Allschwil bereits zwei Planungsleichen zu verzeichnen. Schliesslich sind wir hier nicht beim Tatort, darum sollte nach Möglichkeit auf eine dritte Leiche verzichtet werden. Aus diesem Grund erachten wir es als sinnvoll, wenn wir das Geschäft jetzt vertagen und dann beide Initiativen, sofern die zweite zustande kommt, gleichzeitig zur Abstimmung bringen. Danach ist der Auftrag klar, den die Arbeitsgruppe hat. Soll eine Grünanlage geplant werden oder soll eine Mischnutzung geplant werden. Aufgrund dieser Überlegungen möchten wir Ihnen Nichteintreten nahe legen.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich hätte nicht damit gerechnet, dass sie gerade von Anfang an aufs Formelle schiessen und ich von den Grünen kein Wort gehört habe zum betreuten Wohnen. Das bedaure ich. Ich habe gedacht, dass jetzt ein fulminantes Votum kommt an den Gemeinderat, dass wir uns für das betreute Wohnen einsetzen sollen auf diesem Areal. Mit der Volksinitiative ist es so eine Sache. Wir hatten diese Idee auch und haben das geprüft. Volksinitiativen müssen innerhalb eines Jahres dem Volk vorgelegt werden. Wenn der Einwohnerrat dieser Initiative heute nicht Folge leistet, dann müsste sie im November dem Volk vorgelegt werden. Das steht so im Gesetz, und es ist nicht einfach so möglich, dass man eine Volksinitiative aufschiebt, weil sie gerade zum falschen Zeitpunkt kommt. Wir laufen dann in eine Volksinitiative hinein, die im November stattfinden muss. Es ist nicht ganz so einfach, wir haben uns zu den formellen Problemen auch Gedanken gemacht, aber es gibt viele Gesetze, die das behandeln.

Josua Studer, parteilos: Ich danke dem Gemeindepräsident für diese Worte, genau das wollte ich Nedim Ulusoy sagen. Genau das habe ich heute Abend gemeint, mit "macht eine anständige Arbeit und lest die Sachen". Der Gemeinderat hat sich Mühe gegeben, in diese Vorlage alles reinzuschreiben, was das Rechtliche betrifft. Wenn ihr das gelesen hättet, dann müsstet ihr jetzt nicht mit der Idee kommen, nicht einzutreten. Wir haben einzutreten, und sonst geht es direkt vors Volk. Wisst Ihr noch nicht, wie das

geht? Wir haben beim Tempo 30 genau das gleiche durchgekaut. Wann lernt ihr endlich, wie die Sachen funktionieren in der Politik?

Andreas Bitterli, SP/EVP-Fraktion: Wir haben das in der Fraktion auch diskutiert, vor allem die Situation mit den zwei Initiativen. Wir sind schlussendlich zum Schluss gekommen, dass wir den Anträgen des Gemeinderates zustimmen möchten. Wir gehen davon aus, dass die Abklärungen um den Kredit, der für das gesprochen wird, so gehandhabt wird wie beim neuen Schulhaus. Das war für uns der Hauptpunkt, um diesem Planungskredit zuzustimmen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung übers Eintreten.

://:

Das ist grossmehrheitlich, somit kommen wir zur Beratung dieses Geschäfts.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich bin familiär betroffen mit der zweiten Initiative und ich bin stolz, dass kein Einwohnerrat im Komitee ist, obwohl ich weiss, dass die Familie meines Schwiegervaters daran am arbeiten war. Ich habe auch intern probiert, dies entsprechend zu lösen. Es ist leider nicht gegangen. Wer meinen Schwiegervater kennt, der weiss, wenn er einmal etwas entschieden hat, dann zieht er es durch. Es ist eine traurige Sache, aber ich bin sehr froh, dass der Gemeinderat heute Abend gesagt hat, was er mit dem Elefantenackerareal im Sinn hat. Wir haben heute Abend das Alterskonzept verabschiedet und wenn es so an die Öffentlichkeit kommt, dann muss man auch erwähnen, dass dies ein nächster Meilenstein ist, den der Gemeinderat in Kürze angehen möchte. Man sagt immer nur das, was interessant ist, das weiss jeder, der Unterschriften sammelt. Wenn man sagt, dass man die Wegmatten grün möchte, und dann zehn Leute hintereinander findet, die sagen, dass der Elefantenacker dazu oder nicht dazu gehört, denn es geht nur um das Gebiet dort. Wenn man die Abgrenzung, ob das mit oder ohne Elefantenacker ist, auch erwähnt, dann würden die Leute vielleicht auch nicht unterschreiben. Das muss man auch ins Volk bringen, ohne dass man diese Initiative verwirft. Man muss Klarheit schaffen. Ich bin sehr froh, dass der Gemeinderat gesagt hat, was er mit der Wegmatten machen möchte. Wir müssen jetzt eine Planung machen und das sanft angehen, und nicht dass dann das Volk nach CHF 300'000 entscheiden muss und eine Planungsleiche machen muss. Man sollte jetzt eine Information machen, so haben wir die Chance, dass wir mit den Wegmatten das machen können, was wir wollen, und zwar nicht wir hier drin, sondern wir Allschwilerinnen und Allschwiler.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion; Der Gemeinderat hat in seinen Ausführungen zu Recht darauf hingewiesen, dass das Wegmattenareal ein zu wertvolles Grundstück ist, um es einfach so brach liegen zu lassen und zu riskieren, dass es langsam aber sicher zur grössten Hundetoilette Europas wird. Wir meinen, dass jetzt dringend etwas passieren muss, dass man es jetzt an die Hand nimmt und den Masterplan macht. Das ist auch der Grund, weshalb wir die Initiative gemacht haben und wir bitten Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Josua Studer, parteilos: Zur Initiative selber möchte ich mich äussern. Ich stimme dieser zu, weil dies eine Chance ist für die Idee, die ich eingereicht habe mit dem Traktandum 4 betreffend eines Landabtausches. Es ist allgemein unbestritten, dass viele Leute Grünflächen oder Unbebautes haben möchten. Ich habe mit meiner Interpellation, die sicher alle gelesen haben, auch die Antworten, genau etwas in dieser Richtung gewollt. Ich habe nicht gesagt, dass man es grün lassen soll, sondern man sollte es entsprechend nutzen. Wenn wir etwas, das nicht bebaut ist, nutzen wollen ohne grosse Kosten, dann sollten wir schauen, dass wir etwas kriegen, das schon besteht. Auf den Wegmatten muss man alles neu bauen. Wenn man eine Parkanlage machen möchte, dann muss man zuerst etwas machen. Sie wissen, dass beim Baselmattweg eine grosse Wohnüberbauung kommt. Das heisst, es gibt viel Verkehr in diesem Quartier. Der Gemeinderat hat in der Beantwortung von einem Fünftel weniger Wohnungen geredet, als es der Investor will, aber man weiss nicht genau, was der Investor will. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass man dort hinten noch nicht bauen kann, auch wenn wir einen Quartierplan machen. Wir müssen es zuerst umzonen und eine Umzonung wird es nicht geben, das wissen Sie alle. Und dann gibt es dort hinten eine Verwilderung und eine neue Hundetoilette. Das kann es nicht sein, dass wir die da vorne aufheben und dann dort hinten eine machen. Wenn wir eine Möglichkeit haben, das haben wir, wenn wir die Initiative jetzt annehmen, dann können wir erstens Kosten sparen, weil sie nicht vors Volk geht, und wir haben die Möglichkeit, dies weiter zu bearbeiten. Wir können schauen, dass jemand vorne

baut und wir dann dort hinten ein Areal haben, das man nicht bebauen muss. Zudem hätten wir Platz für die Sportplätze, für die Vereine oder für die Öffentlichkeit. Wir hätten dort Landreserven, um einen Erweiterungsbau zu machen, wie es im Alterskonzept vorgesehen ist, und nicht das eine ist dort und das andere am andern Ort. Man muss ja dann zwei Küchen führen oder einen Transportdienst für das Essen machen. Wenn wir dieser Initiative zustimmen, dann haben wir die Möglichkeit, dass man diese Idee einbringen kann, obwohl der Gemeinderat in der Beantwortung dieser Idee sehr negativ eingestellt ist. Wenn wir mit dieser Initiative etwas Schlaues auf die Beine stellen, dann kann es gut sein, dass die andere Initiative zurückgezogen wird. Dann hätten wir viel Ärger weniger in der Gemeinde.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Ich möchte noch etwas entgegenen auf das Votum von Anton Lauber und Josua Studer. Herrn Studer möchte ich kurz sagen, dass sicher auch andere Einwohnerräte ausser ihm die Unterlagen genau lesen.

Uns ist auch klar, dass über die CVP-Initiative abgestimmt werden muss, aber es spricht nichts dagegen, dass man im November auch über die zweite Initiative abstimmt. Dann hätte die Bevölkerung Auswahlmöglichkeiten. Und dann könnte der Gemeinderat noch zusätzlich den Gegenvorschlag bringen, dass man den Elefantenacker ausklammert, das wäre denkbar. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es jetzt falsch ist, einen Planungskredit von CHF 50'000 gutzuheissen, der dann vielleicht ausgegeben wird, und im November und später ist ersichtlich, dass wir dieses Geld hätten sparen können.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich war nie einer von denen, der Türen zuschlägt, sie sind auch jetzt noch offen. Man muss einfach schauen, dass wir nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, das macht uns Kopfzerbrechen. Der Auftrag, den wir heute bekommen werden, ist eine Konzeptstudie unter Einbezug der Bevölkerung und Parteien. Das ist am Schluss kein Richtplan, das kann ich Ihnen klar sagen. Das ist auch nicht behördenverbindlich und auch nicht bevölkerungsverbindlich, sondern es ist einfach ein Anfang einer Diskussion. In diesem Sinn, wenn die Initiative "Wegmatten bleibt grün" angenommen wird, dann ist das etwas ganz anderes. Da gibt es keine Modelliermasse mehr drin, dann sind die Quadratmeter politisch verbaut. Es gibt ein ganz klares Nein, dass man dort nicht bauen darf. Man kann noch studieren, was heisst bauen. Es ist nur jetzt unbebaut, auch wenn eine Parkanlage gebaut wird, kann man von bauen reden. Es ist eine massive Initiative, die viel weiter geht als das Thema einer Konzeptstudie. Das müssen wir zusammen überlegen, und ich bin bereit, dass wir dies im November nochmals anschauen, wenn die andere zustande kommt. Wir haben höchstes Interesse auf dem Elefantenacker betreutes Wohnen zu moderaten Zinsen anzubieten.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nur kurz auf die Bemerkung von Anton Lauber bezüglich Park und Baulandreserven eingehen. Das hat mich stutzig gemacht. Falls in dieser Konzeptstudie der Kompromiss kommt, wie er jetzt im Raum schwebt, nämlich den Elefantenacker zu überbauen und den Rest zum Park zu machen, und das Stimmvolk oder der Einwohnerrat möchten das auch, dann ist es nicht die Meinung, dass dies später überbaut werden soll. London stellt keine Blöcke in den Hide Park und auch Basel stellt sie nicht in den Schützenmattpark. Das sind grüne Oasen und die sind ausgezont von der Bebauungsmöglichkeit. Das werden wir später in dieser Studie diskutieren können.

Josua Studer, parteilos: Lieber Nedim, ich mache dir einen Vorschlag. Sage ja zur Initiative und stelle einen Antrag, dass wir die Ausführung sistieren bis die andere Initiative behandelt wird. Es steht nicht, dass man in diesem Zeitraum nach Zustimmung der Initiative sofort das Projekt umsetzen muss. Somit würden wir auch kein Geld verlieren, wenn das dein Hauptanliegen ist. Wir würden jetzt dieser Initiative zustimmen, denn wenn wir das jetzt nicht machen, dann kommt sie im November vors Volk. Dann kostet es Geld für die Abstimmung, es wird wahrscheinlich angenommen, und dann sind wir genau gleich weit, wie wenn wir heute ja sagen. Wenn es das Anliegen ist, das Geld vorsichtig zu brauchen, dann könnte man sagen, dass man noch wartet, bis wir wissen, was mit der anderen Initiative geht. Vielleicht wird sie zurückgezogen, dann könnten wir loslegen, oder ansonsten warten wir bis sie zur Abstimmung kommt. Das wäre schlauer, als jetzt einfach nein zu sagen.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wir reden von einer Konzeptstudie. Bei einer Konzeptstudie ist alles möglich, theoretisch ist auch möglich alles grün. Wir werden im Rahmen der Konzeptstudie über das Thema alles grün miteinander diskutieren. Das ist ein Interesse, das dort vertreten wird. Auch wenn die Volksinitiative in einer Form angenommen werden sollte, dann ist sie verpflichtend. Man kann noch lange warten, aber dann ist grün auch nicht gleich grün. Es wird von Parkanlagen geredet, die sind auch grün.

Was ist denn grün? So, wie es heute ist? Oder möchte man mehr? Selbst diese Initiative wird einen grünen Interpretationsspielraum offen lassen. Wir müssen heute Abend nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Erlauben wir uns doch die Freiheit, lustvoll zu denken, was mit dieser Wegmatten werden könnte.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich stelle Antrag für Beendigung der Diskussion. Wir haben bereits zweimal hin- und herdiskutiert. Ihr wisst alle, wenn wir heute dies beschliessen, dann sind die CHF 50'000 nicht morgen ausgegeben sind. Bis alle Leute eingeladen sind und die Sommerferien vorbei sind, ist es November. Die Mühlen mahlen nicht so schnell, dass dieses Geld morgen ausgegeben ist. Wir möchten es miteinander machen, also müssen wir jetzt ja sagen. Der Gemeinderat ist dazu bereit, auch mit dem Volk, also machen wir das endlich.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung, die Rednerliste zu schliessen.

://:

Dem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Ich möchte kurz etwas sagen. Sie wissen, dass die Wegmatten ein grosses Anliegen für mich ist. Mir geht es um einen Begegnungsort. Grün wird es sein, aber es wird nicht nur grün sein. Ich habe Mühe mit der Initiative der CVP, aber das Votum des Präsidenten hat mich wohlwollend gestimmt. Ich habe Vertrauen, dass wir hier etwas Gutes machen können.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zur Detailberatung.

Juliana Weber Killer, 2. Vizepräsidentin:

1. Ausgangslage

1.1 Volksinitiative für einen Quartierrichtplan Wegmatten

1.2 Rechtliches

2. Erwägungen des Gemeinderates

2.1 Die richtige Nutzung

2.2 Das richtige Vorgehen

2.3 Kosten

3. Anträge

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zu den Abstimmungen über die Anträge.

Der erste Antrag lautet:

Der nicht formulierten Volksinitiative für einen Quartierrichtplan Wegmatten wird Folge geleistet.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Antrag

Die Bezeichnung Quartierrichtplan wird in Masterplan geändert.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

3. Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, das Vorgehen im Sinne der Erwägungen einzuleiten.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

4. Antrag

Für die Realisierung des Masterplanes im Sinne einer Konzeptstudie unter Einbezug der Bevölkerung und der Parteien wird ein Planungskredit von CHF 50'000 inklusive Mehrwertssteuer bewilligt.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Und jetzt stimmen wir darüber ab, ob wir das Geschäft beenden.

://:

Dem wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen jetzt zur Pause bis um 20.00 Uhr

PAUSE

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zum Info-Fenster des Gemeinderates.

INFO-FENSTER

Christoph Morat, Gemeinderat: Wie Sie sicher feststellen konnten, ist im Dorf das Jägerstübli zugegangen. Dort gibt es ein Konkursverfahren. Ich würde das nicht einfach so hier erzählen, sondern es hat einen direkten Bezug zu einem Postulat aus Ihrer Mitte. Es geht um die öffentliche Toilette im Dorf, die ist leider momentan auf Eis gelegt. Wir werden uns aber bemühen mit einer neuen Pächterschaft, die momentan wahrscheinlich gesucht wird, versuchen, dort anzuknüpfen, wo wir mit Frau Rieder gelandet sind, nämlich bei einer Vereinbarung. Ich kann Sie informieren, dass wir auch am Lindenplatz nach wie vor am Suchen und am Verhandeln sind. Dies im Rahmen des Info-Fensters, momentan gibt es keine öffentliche Toilette im Dorf.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir kommen zu den beiden Motionen, die wir am Anfang der Sitzung für dringlich erklärt haben. Die erste Motion betrifft das Grünanlagenkonzept. Ich frage den Gemeinderat, wie der Antrag lautet.

Robert Vogt, Gemeinderat: Es geht ein Grünanlagenkonzept auf das Jahr 2004 zurück. Es hat sich bereits viel verändert in Allschwil, deshalb würde der Gemeinderat die Motion freiwillig entgegennehmen, wenn wir davon ausgehen, dass wir die Veränderungen mit einem Grünanlagenkonzept aufnehmen sollen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wird ein Gegenantrag gestellt, ansonsten würden wir dies direkt überwiesen.

://:

Das ist nicht der Fall, somit ist die Motion überwiesen.

Wir kommen zur zweiten dringlich erklärten Motion betreffend "Unser neues Schulhaus", alternative Finanzierungsmöglichkeiten. Ich frage den Gemeinderat nach seinem Antrag.

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Bitte erlauben Sie mir kurz folgende Vorbemerkungen zu dieser Motion. Der Gemeinderat wusste nichts davon, dass diese Motion dringlich eingereicht wird. Er hat sich deshalb keine Meinung dazu bilden können vorgängig. Deshalb haben wir dort, wo der Gemeinderat angefragt wurde, was er davon hält, keine Empfehlung abgeben können. Ich bitte Sie in Zukunft, dass Sie solche Eingaben oder Anträge vorgängig eingeben, damit der Gemeinderat dies vorgängig anschauen kann. Inhaltlich nehme ich im Namen des Gemeinderates wie folgt Stellung zu dieser dringlichen Motion: Sie wissen, dass das Projekt Unser neues Schulhaus seit einiger Zeit ein intensiv bearbeitetes Thema im Gemeinderat ist. Sie wissen, dass es ein laufendes Geschäft ist. In diesem Rahmen hat der Gemeinderat geprüft, welche Finanzierungsmöglichkeiten es gibt, damit das Schulhaus letztendlich bezahlt werden kann. Wir haben in dem Papier, das Sie erhalten haben, dargestellt, welche Möglichkeiten angeschaut wurden. Das sind alles mögliche Varianten von Finanzierungsmöglichkeiten. Es gibt sicher noch andere, der Gemeinderat ist bereit, noch andere zu prüfen. Wenn Sie das alles berücksichtigen, dann sehen Sie, dass der Gemeinderat der Meinung ist, dass die Motion nicht überwiesen werden soll. Ich stelle deshalb den Antrag.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wem von den Motionären darf ich das Wort erteilen?

Jérôme Mollat, FDP/GLP-Fraktion: Wir Motionäre sind der Meinung, dass man es überweisen sollte und zwar aus folgendem Grund. Es ist richtig, dass im Schulhausprojekt die Rede ist von möglicher Finanzierung. Ehrlicherweise müssen wir sehen, wenn wir Grünflächen offen behalten möchten, ob dies dann tatsächlich finanzierbar ist. Wir müssen das durchdenken, ob die Finanzierbarkeit auch möglich ist. Deshalb setzen wir uns für die Motion ein.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Wir denken, dass die beiden Motionen in Zusammenhang stehen. Ich möchte nicht etwas im Voraus bestimmen, aber als wir das letzte Mal das Schulhaus besprochen haben, stand das Areal Bettenacker zur Diskussion, welches der Gemeinderat als mögliche Finanzierung für die CHF 12'000'000 deklariert hat. Nun ist die Frage ob man dies 9 zu 3 machen kann, indem man einen Teil nicht überbaut. Wenn man das Grünanlagenkonzept ausarbeitet und sagt, dass dort mögliche Grünflächen wären, dann würde es bedeuten, dass diese Gelder nicht realisiert werden. Ich nehme nochmals das Beispiel Bettenacker, weil dies uns präsent ist. Es müssten dann andere Finanzierungsmöglichkeiten gesucht werden. Es ist eine andere Frage, ob alles abbezahlt sein muss, wenn man einzieht. Auch das ist eine Finanzierungsmöglichkeit, die der Gemeinderat in Betracht gezogen hat, aber in seinem Teil, wo er das Schulhaus vorgestellt hat, anders dargestellt hat. Wir bitten dies zu überweisen, damit der Gemeinderat die Kreativität erhält, andere Sachen auszuarbeiten.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion konnten dies in aller Kürze besprechen, weil wir das gleiche Problem hatten wir der Gemeinderat. Wir haben volles Vertrauen in den Gemeinderat, dass er die Finanzierung der Schulhäuser sehr sorgfältig überprüfen wird. Wir erachten darum die Motion als unnötig und lehnen sie darum ab.

Josua Studer, parteilos: Ich habe ein Verständigungsproblem. Mit einer Motion fordere ich etwas. Weiter unten steht "prüfen". Wenn ich das fordere, dann reiche ich ein Postulat ein. Wir brauchen beides nicht, weil, wie Gemeinderätin Nüssli gesagt hat, der Gemeinderat sich nicht versteift hat auf eine bestimmte Finanzierung. Er hat klar kommuniziert, dass dies Möglichkeiten sind und dass er bereit ist, andere

Möglichkeiten zu prüfen. Schlussendlich können wir hier bestimmen, wie es weiter geht. Ich finde es den falschen Weg, dem Gemeinderat Bengel zwischen die Beine zu werfen. Er muss etwas machen, was er sowieso schon macht und er muss zusätzlich einen Bericht machen. Sollten wir sie überweisen, dann stelle ich den Antrag, dass wir sie sofort abschreiben.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Mit dieser Motion bezwecken wir, möglichst Baulandreserven zu erhalten, und nicht zu früh zu verkaufen. Es ist mir klar, dass unsere Finanzabteilung und der Gemeinderat auch schauen möchten, dass möglichst viel erhalten bleibt, was man erhalten kann. Momentan sieht es so aus, dass ein Baulandverkauf bestritten werden muss. Wir machen mit der Motion Nachdruck, um möglichst nicht zu verkaufen, sondern andere Finanzierungen zu suchen, weil unser Bauland kostbar ist.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Ich möchte das unterstützen. Es geht wirklich darum, ein bisschen Druck zu machen, Alternativen zu suchen, und zwar jetzt.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir zur Abstimmung, ob wir die Motion überweisen.

://:

Die Motion wird mit 25 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen überwiesen.

Wir haben jetzt den Antrag von Josua Studer, dass man die Motion gerade abschreibt.

://:

Die Motion wird grossmehrheitlich nicht abgeschrieben.

598 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Interpellation von Josua M. Studer, vom 25.03.2011 betreffend
Landabtausch Baselmattweg und Wegmatten
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 3996 / A

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Ich frage Herrn Studer an, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Josua Studer, parteilos: Die Beantwortung meiner Interpellation ist dürftig und erweckt den Eindruck, dass der Wunsch da war, die Sache kurz, bündig und schnell zu erledigen. Die Beantwortung beinhaltet falsche Aussagen und Annahmen. Die Anzahl der Sportplätze ist falsch. Die Beurteilung des Restaurants entspricht nicht den Tatsachen. Nicht nachvollziehbar ist die gemeinderätliche Einschätzung, dass mit einer Überbauung kein Mehrverkehr entstehen soll. Der Gemeinderat rechnet mit einem Fünftel weniger Wohneinheiten als der Investor. Auch wenn es 190 Wohneinheiten gibt, pro Wohneinheit zwei Personen, dann sind wir bei einer unmöglichen Zahl von Anzahl Menschen, die dort ein- und ausgehen mit Fahrzeugen, egal in welcher Form. Das findet heute bei diesem Sportplatz nicht statt. Angeblich sollen auch altersgerechte Wohnungen entstehen. Soll sich die Gemeinde bei Bedarf einmieten oder Wohnungen kaufen? Und wenn, dann konnte sie die Wohnungen nicht selber mitgestalten. Die ÖV-Anbindung von diesem Gelände ist sehr unvorteilhaft. Bis zu der Tramhaltestelle Kirche und Merkurstrasse sind es 500 Meter und zum Flughafen sogar 4 km. Der Flughafen produziert bei diesem besagten Areal sehr viel Lärm, den niemand haben möchte, der dort wohnt. Da wäre es bei der Wegmatten ruhiger und vor allem ÖV-technisch sehr gut angebunden. Ich frage mich ernsthaft, wieso eine Firma Land erwirbt, wie es die Sitex gemacht hat, um dort zu bauen, obwohl noch kein entsprechender Zonenplan besteht, der dies zulässt. Sie investieren sehr viel Geld. Haben die so viel Geld, das sie verlocken können?

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die Frage lautet, ob sie mit der Antwort des Gemeinderates zufrieden sind. Sie haben die Möglichkeit eine Diskussion zu verlangen, wenn Sie grössere Ausführungen machen möchten.

Josua Studer, parteilos: Danke, dass ich das zweite Mal das Wort heute entzogen kriege und Sie mir dreinreden. Artikel 42.4 des Einwohnerratsgeschäftsreglements sagt, dass der Interpellant in einem kurzen Votum erklären kann, ob er von der Antwort befriedigt ist oder nicht. Jetzt stellt sich die Frage, was kurz ist. Der Text, den ich hier habe, ist abgemessen zwei Minuten. Das empfinde ich als kurz. Ich werde anschliessend selbstverständlich die Diskussion verlangen. Es besteht die Gefahr, dass der Einwohnerrat mir die Diskussion nicht gewährt, darum muss ich mein Votum ausführen. Ich bin inzwischen bei über 50%, Sie müssen sich nicht mehr so lange gedulden.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Bitte fahren Sie in Kürze fort.

Josua Studer, parteilos: Danke, das ist das dritte Mal, dass mir das Wort weggenommen wurde. Jedes Mal, wenn Sie mir dreinreden, ist mein Strom hier weg, das braucht schon bald ein AKW. Ich frage mich ernsthaft, wieso erwirbt eine Firma Land, um zu bebauen, wenn es noch nicht entsprechend gezonnt ist. Mehr als eine Volksabstimmungen in Allschwil haben gezeigt, dass gewisse Projekte nicht goutiert werden. Wurden etwa Zugeständnisse gegenüber der Firma Sitex gemacht oder gibt es sogar Schlupfwinkel, die die Firma Sitex nutzen könnte, falls es ein Nein des Volkes gäbe. Ich ziehe Fazit: Ich kann die Überlegungen und Einschätzungen des Gemeinderates nicht nachvollziehen. Ich verstehe nicht, dass nicht wenigstens bezüglich Landabtausch das Gespräch mit der Firma Sitex gesucht wurde. Die wären wahrscheinlich interessiert. Soll ich sie selber fragen? Die Gemeinde würde nur profitieren, sei es durch den Erhalt von gut unterhaltenen Sportplätzen, von Grünflächen und einer Landreserve für einen Erweiterungsbau, wie es das Alterskonzept vorsieht. Darauf bin ich beim anderen Traktandum eingegangen. Sollte kein Landabtausch stattfinden, laufen wir in Gefahr, dass das jetzige schöne Areal, das in 1,5 Jahren nicht mehr bespielt werden kann, verwildert, da es nicht bebaut werden kann und die Sportanlagen nicht mehr weiter betrieben werden können. Ich wünsche mir, dass die Interessen der Bevölkerung ernster genommen werden. Es ist zu überlegen, ob mit einer entsprechenden Initiative der Gemeinde und seinen Einwohnern geholfen werden kann. Ich beantrage eine Diskussion und ich bitte Sie um Zustimmung.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das war ein fulminantes Votum, wo viele Sachen gesagt wurden, die für den Gemeinderat und ich glaube auch für den Einwohnerrat nicht von einer grossen Relevanz sind. Wir haben die Fragen ernsthaft versucht zu beantworten mit dem momentanen Wissensstand. Josua Studer ist uns hier offenbar ein paar Runden voraus, was dort alles entstehen soll. Die Firma Sitex ist ein privater Investor, der das Land gekauft hat. Was er damit vorhat, wird er sicher im Rahmen eines Quartierplanes vorlegen, zuerst dem Gemeinderat und dann werden wir selbstverständlich dies Ihnen zur Abstimmung vorlegen. Ich glaube nicht, dass es jetzt im Moment Sache des Einwohnerrates ist darüber zu entscheiden, ob dies eine gute Investition ist oder nicht. Das können die Herren und Damen Investoren selber am besten beurteilen und schlussendlich leben wir in einer Marktwirtschaft. Diese Marktwirtschaft wird darüber entscheiden, ob dieses Projekt Erfolg hat oder nicht.

Die Fragen sind klar und deutlich beantwortet, wie bereits gesagt. Ich möchte nochmals die vorherigen Voten von Anton Lauber unterstützen und unterstreichen. Der Gemeinderat ist sich einig, dass auf der Wegmatten die Initiative, der Sie heute Abend zugestimmt haben, in einen Prozess gehen soll. Und zwar in einen Prozess, in den die Bevölkerung von Anfang an involviert ist und etwas dazu sagen kann. Die Pläne des Gemeinderates sind auf der Wegmatten ausschliesslich beim Elefantacker mit dem betreuten Wohnen. In der Antwort der Frage 1 haben wir befunden, dass dort auch ein Anteil Alterswohnungen entsteht. Der Investor hat dies so zugesichert, weil er auch der Meinung ist, dass die Nähe zum Altersheim durchaus ein Vorteil sein kann für so genannte Alterswohnungen oder betreutes Wohnen. Der Gemeinderat steht einem Landabtausch nicht sehr positiv gegenüber. Es handelt sich hier um verschieden grosse Areale, das geht nicht auf. Ich weiss nicht, ob der Investor dies einfach so abtauschen würde, wenn er uns das Geld mehr bezahlen müsste, was die Wegmatte grösser ist als das jetzige BASF-Areal, respektive Sitex-Areal, denn es gehört nicht mehr der BASF. Die Sportvereine, die heute ihren Hobbys nachgehen, können dies weiterhin tun. Es sind bereits Verhandlungen im Gang, im Zusammenhang mit dem UBS-Sportplatz im linksufrigen Bachgrabengebiet, dass die Sportmöglichkeiten

in Zukunft dort stattfinden können. Entsprechende Weichen hat der Einwohnerrat in der März Sitzung hier drin gestellt, sodass wir das UBS-Sportareal entsprechend herrichten können, damit die Vereine und die Sportler im linksufrigen Bachgrabengebiet Sport betreiben können.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Wir haben den Antrag auf Diskussion von Josua Studer.

://:

Die Diskussion wird grossmehrheitlich abgelehnt.

599 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Postulat von Julia Gosteli, Grüne Allschwil, vom 17.11.2010, betreffend
Fluglärmmessung
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3977

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderates ist Nichtentgegennahme.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich bedaure den Antrag des Gemeinderates, dass er das Postulat nicht entgegennehmen möchte. Laut der Statistik des EAP gibt es zwischen 24.00 Uhr und 06.00 Uhr Überflüge von über 70 Dezibel in Binningen, die Anzahl ist 14, in Neubad 17 und in Allschwil 0. Alle, die in Neu-Allschwil wohnen, wundern sich, dass dort eine 0 steht bei Allschwil und das ist auch der Grund, weshalb ich dieses Postulat einreichen möchte. Dies entspricht nicht der Wahrheit. Die Muesmatt hat am meisten Nachtflüge mit Lärmwerten von über 70 Dezibel, die stören am meisten. Zwischen 22.00 Uhr und um 06.00 Uhr hat Neu-Allschwil viel Lärm wegen den ILS-Landungen. Ruhe beim EAP ist nur zwischen 24.00 Uhr und 05.00 Uhr. Ab 05.00 Uhr sind Landungen erlaubt und ab 06.00 Uhr sind Starts erlaubt. Ich bitte, meine Folie aufzulegen. Ich habe extra alle Parteien bereits bestückt mit den Daten, die ich hier zusammengetragen habe. Leq, das ist der äquivalente Dauerschallpegel. Neubad-Binningen-Allschwil, diese Daten sind offiziell vom EAP, die Daten Neu-Allschwil sind von der Messstation Muesmatt. Unten steht bei Neu-Allschwil circa 41, weil in der Muesmatt gibt es nur Messungen zwischen 24.00 Uhr und 06.00 Uhr. Da misst die Messstation 05.00 Uhr bis 06.00 Uhr nicht aus, aber weil zwischen 24.00 Uhr und 05.00 Uhr in der Regel keine Flugbewegungen sind, kann man annehmen, dass es rund 41 Dezibel sind.

Zur Folie Nachtlärm. Hier habe ich auch die Daten zusammengeschrieben, beachten Sie bitte die Totalspalte zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr. Da sind es beim Neubad 261 Überflüge, die über 70 Dezibel haben, in Binningen 194, im Dorf Allschwil 409 und in Neu-Allschwil sind es 629 Überflüge zwischen 22.00 Uhr und 06.00 Uhr. Wenn man diese Statistik anschaut, dann erstaunt es sehr, dass in der EAP-Statistik 0 auftaucht. Das liegt daran, dass die Messstation Muesmatt nicht berücksichtigt wird. Startende Flugzeuge ergeben gleich viel Lärm bei beiden Messstationen, ausser solche, die eine ganz enge Kurve fliegen. ILS-Landungen sind nur in Neu-Allschwil störend ersichtlich. Ich bin der Meinung, dass 20'000 Einwohner sehr wohl Anrecht auf zwei Messstationen im Dorf und in der Muesmatt haben. In beiden Dorfteilen ist es sehr laut. Man muss dort den Lärm messen, wo er ist. Ich befürchte, wenn wir diese Messungen machen und in die Statistik mit einbeziehen, dass in Neu-Allschwil gewisse Planungsgrenzwerte überschritten werden, wie wir das kennen beim Dorf. Wenn das herauskommen sollte, dann muss die Gemeinde Allschwil erst recht auf die Hinterbeine. Der Schutzverband misst nicht anders als andere Messstationen. Die Messstation wird zwischen 3 und 6 Wochen kalibriert. Es ist ein Lärmgenerator, der über das Mikrofon gestülpt wird, Abweichungen bis 1 Dezibel werden akzeptiert, mehr aber nicht. Das ist ein sehr teures Gerät, welches wir empfohlen gekriegt haben von einem Professor von der ETH, der den Schutzverband beraten hat. Es braucht Tatsachen für eine Entscheidungsfindung, auch um weitere Schritte für die Begrenzung des Fluglärms einzuleiten. Mit meinem Postulat möchte ich nur, dass die Wahrheit abgebildet wird und Facts auf den Tisch kommen. So kann sich der Gemeinderat für die Bedürfnisse der Allschwilerinnen und Allschwiler im östlichen Teil einsetzen. Vielleicht will der Gemeinderat nichts wissen von weiteren Messwerten. Wenn herauskäme, dass Werte überschritten werden, dann gäbe es eventuell eine Entwertung von Bauland. Immer wieder höre ich, dass Lärm eine persönliche Empfindungssache ist. Umso wichtiger finde ich, dass reelle Werte

aufs Papier müssen. Für mich ist das Postulat nicht erledigt, und ich wünsche weiterhin eine Messstation bei der Muesmatt. Um Kosten zu sparen, könnte man diejenige vom Schutzverband übernehmen. Ich stelle einen Antrag auf Diskussion.

Robert Vogt, Gemeinderat: Ich möchte Ihnen gerne begründen, weshalb der Gemeinderat zu einer Ablehnung dieses Postulats kommt. Der Euro Airport unterhält insgesamt 13 solche Fluglärmmessstationen rund um den Flughafen, davon stehen acht in den umliegenden Gemeinden. Auf Schweizerboden liegen Binningen, Neubad und Allschwil in der Flugschneise. Bei Südlandungen werden dort diese Lärmwerte erfasst. Sie dienen zur Bemessung der Lärmemissionen bei den Südanflügen und bei den Direktstarts. In der Verlängerung der Südanflugschneise liegt die nächste Messstation vom Euro Airport in Häisingen in Frankreich. Die Lärmstation in Allschwil ist bewusst am Rauracherweg, beim Friedhof, installiert worden. Dieser Bereich deckt den normalen Start in Richtung Süden ab. Die Messresultate der Lärmstationen dienen zur Berechnung der Dauerlärmbelastung, die sie auf der Leq-Folie gesehen haben. Dabei wird der an den einzelnen Stationen gemessene Lärm auf die Fläche ausgerechnet, wobei sämtliche Messwerte der benachbarten Messstationen in die Berechnung einfließen. Die einzelnen Fluglärmereignisse werden gestützt auf die gesetzlichen Vorgaben bei der Lärmschutzverordnung in einen so genannten Dauerschallpegel umgerechnet. Diese Resultate dienen zur Erstellung des Lärmbelastungskataster. Im Postulat wird bemängelt, dass die Lärmmessstationen im 2. Quartal keine der 14 im Neubad-Quartier gemessenen Überflüge mit mehr als 70 Dezibel registriert haben. Wie sich auf Nachfrage des Euro Airports herausgestellt hat, handelt es sich bei den 14 Überflügen tatsächlich um Südlandungen. Diese erreichen bei der Messstation beim Friedhof keine Lärmbelastung, die grösser als 70 Dezibel ist, darum tauchen sie nicht in der Statistik auf. Das bedeutet aber nicht, dass diese 14 Lärmereignisse bei der Bestimmung der Lärmbelastung in Neu-Allschwil nicht berücksichtigt werden. Durch Extrapolierung wird bei der Messstation Neubad und in Häisingen dieser Wert mit gerechnet und kommt darum auch in die berechneten Werte mit hinein. In Neubad und in Häisingen wird die Lärmbelastung im dazwischen liegenden Allschwil ausgerechnet. Es kann keine Rede davon sein, dass die Lärmbelastung in Neu-Allschwil ignoriert wird. In Neu-Allschwil würde sich durch eine neue Messstation keine relevante Verbesserung bei der Bestimmung des Dauerschallpegels ergeben, weil dies im Mittelwert untergehen würde. Der einzige Vorteil von einer weiteren Messanlage wäre, dass die Überflüge mit einem Schallpegel von über 70 Dezibel in Allschwil in der Übersichtstabelle vom Euro Airport sichtbar gemacht wird. Wenn der Euro Airport die Daten der acht Gemeinden publiziert, dann gehen wir davon aus, dass dies bereits sehr transparent dargestellt wird und dadurch die Daten auch veröffentlicht werden. So können sich Bewohner von Neu-Allschwil an diesen Messresultaten von Neubad orientieren. Eine andere Möglichkeit, um die Lärmspitze von Neu-Allschwil nachzuschauen, ist die Messstation vom Schutzverband, wo wir Mitglied sind. Diese Station befindet sich auf dem Dach des Alterszentrums. Das liegt direkt in der Anflugschneise. Der Schutzverband publiziert diese Werte auf ihrer Internetseite, www.schutzverband.ch. Deshalb bittet Sie der Gemeinderat, das Postulat nicht zu überweisen.

Josua Studer, parteilos: Ich staune heute nochmals. Hier haben wir ein Postulat in den Fingern, das etwas fordert. Zudem nützt es uns nichts, wenn wir noch mehr Messstationen machen, den Lärm haben wir trotzdem. Wenn schon, sollten wir etwas gegen den Lärm machen. Ich verstehe nicht, weshalb man so auf diesen Zahlen herumreitet und mit den Südanflügen, wie viel und was. Schlussendlich geht jeder in die Ferien und nimmt das Flugzeug und fliegt genau über diese Messstationen, die eine 0 auswerten. Erstens müsste das eine Motion sein und kein Postulat. Wenn es ein Postulat wäre, würde man etwas abklären. Aber hier wird gefordert, dass eine Lärmmessstation eingerichtet wird, das ist eine Forderung und keine Forderung, um etwas abzuklären. Das kann man nicht überweisen.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion : Ich bin von den Ausführungen von Gemeinderat Vogt ziemlich frustriert. Ich wohne genau dort und habe täglich etwa zwei Dutzend Flugzeuge, die über unseren Garten fliegen. Ab 17.00 Uhr kann ich mit meiner Frau nicht mehr diskutieren draussen, das ist nicht sehr angenehm. Ich staune, dass man das so breit rechnet. Beim Friedhof ist der Start, das ist nicht das Problem. Die Landungen sind viel lauter als der Start. Seit wir das ILS haben, kommen sie auf einem stärkeren Winkel herunter. Und genau über unserer Siedlung wird voll Gas gegeben, weil sie sonst zu tief kommen. Es passiert ab und zu, dass Gläser im Wohnzimmer aneinander schlagen und zittern. Ich lebe seit 23 Jahren dort und es hat in den letzten zwei Jahren massiv zugenommen. Ich finde es absolut daneben, dass man sich weigert, dort direkt unten dran die Messwerte zu berücksichtigen. Ich gehe auch in die Ferien und fliege von Basel weg. Ich genieße das. Aber ich finde es wichtig, dass man es dokumentiert. So wie es jetzt dokumentiert ist, gibt es kein korrektes Bild, weil es ein theoretischer Wert ist.

Gabi Huschke, SP/EVP-Fraktion: Ich bin auch sehr betroffen, weil ich mit Ohropax schlafe, damit ich nicht am Morgen um 05.00 Uhr aufwache. Ich wohne auch in Neu-Allschwil. Wenn ich lese, dass im Umweltbulletin das EAP Zahlen veröffentlicht werden, wo Neu-Allschwil nicht vorkommt, dann zeigt das, dass sie nicht interessiert sind an den Messungen über Neu-Allschwil. Wenn sie die Daten wirklich extrapolieren, dann müssten sie auch die extrapolierten Daten dort rein nehmen und sagen, dass die über Neu-Allschwil mit dem ILS rund so hoch sind. Dies einfach weglassen, heisst, dass man davon ausgeht, dass die Zahlen über Allschwil gleich null sind, das zeigt doch auch die Einstellung des EAP. Ich bin enttäuscht vom Gemeinderat, der nicht merkt, welche Stimmung hier ist. Es sind auch Leute, die sich offiziell gegen aussen sehr engagieren. Es geht um die Belastung in der Nacht und den Lärm und um unsere Gesundheit. Ich finde es wichtig, dass wir die Landungen des neuen Systems aufzeigen.

Christoph Benz, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte nur kurz etwas sagen zum Messpunkt beim Friedhof. Das ist ja an sich schon einer der ruhigsten Orte in der Gemeinde. Als dort die Messstation aufgestellt wurde, sind die Flugzeuge wirklich noch dort drüber geflogen. Diese Zeit habe ich erlebt, ich habe am Gartenmattweg 38 gewohnt und dann machen sie die Schlaufe gegen den Rosenberg. Mit der Pistenverlängerung nach Norden hat sich das verändert, mit den Sanierungen, die momentan im Gang sind, verändert es sich wieder in eine andere Richtung. Die Südlandungen haben in den letzten Jahren zugenommen, und kaum ein Flugzeug fliegt noch über den Friedhof. Insofern ist es zu hinterfragen, was die Messstation dort noch macht. Dort, wo der grösste Krach ist, steht keine Anlage. Wenn in der Statistik Allschwil nicht vorkommt, dann bringt das nichts. Ich war gestern Nachmittag in der Strenge, man hat auch dort kaum mehr etwas gehört, wenn das Flugzeug darüber donnert. Ich habe nachts um 22.00 Uhr gesehen, wie sie mit einem weiten Bogen von Norden über das Neubad, das Altersheim, zum Flughafen fliegen, und genau das machen, was Armin Bieri beschrieben hat. Sie gleiten, gleiten und gleiten und geben dann Schub, weil es nicht reicht. Ich sehe das jeden Abend, Sie können gerne mal zu mir kommen.

Julia Gosteli, Grüne Fraktion: Ich möchte Robert Vogt danken, dass du auch findest, dass es ein Vorteil meines Postulats ist, dass man Werte sichtbar machen kann. Ich möchte betonen, dass es um Fakten geht, und nicht um eine Empfindung. Ich möchte, dass man dies aufzeigen kann, wie laut es ist in der Muesmatt. Ich finde zudem, dass es ein falsches Signal ist, wenn in einer offiziellen Statistik für die Leute, die das anschauen, eine Null steht. Ich weiss nicht, ob die Leute dann auf die Seite gehen und schauen, wie laut es dann wirklich in der Messstation war. Das kriegt das Volk, und das hat Signalwirkung, und hier steht bei Allschwil eine 0. Und dies in der Nachtruhezeit, die sehr sensibel ist, und uns nicht wecken sollte.

Josua Studer, du findest eine zusätzliche Messstation unnötig. Aber sie zeigt doch Fakten auf, und mit Fakten kann man Sachpolitik betreiben. Robi hat noch erwähnt, dass die Gemeinde Allschwil Mitglied ist und eine Vertretung hat im Schutzverband. Aber die Vertretung fehlt sehr oft von Allschwil in den Sitzungen des Schutzverbandes. Da komme ich dann auch ein bisschen ins Staunen.

Nedim Ulusoy, Grüne Fraktion: Ich möchte nur kurz etwas anfügen. Eine Extrapolation ist niemals so gut wie ein effektiver Messwert. Denn sonst würde es reichen, wenn man in Genf und in Romanshorn eine Station aufstellt, und dann kann man nachweisen, dass es in Allschwil keinen Lärm gibt. Darum ist es wichtig, dass wir eine weitere Messstation erhalten. Wie gesagt, besteht die schon, der Aufwand wäre sehr klein, die in die Statistik aufzunehmen. Der finanzieller Aufwand ist praktisch Null, der Ertrag gross, darum bitten wir um Überweisung.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion: Wir reden von Lärmbelastungen entlang von Autobahnen, da werden Lärmschutzwände aufgestellt, um die Anwohner nicht zu fest zu belasten. Man misst in einer Disco auch nicht in der Garderobe und gibt dann aufgrund dessen, irgendwelche Regelungen heraus. Wenn man schon weiss, dass es eine Anflugschneise ist, wieso wird dann nicht dort gemessen? Ich finde das sehr wichtig, denn man redet schon von Leuten, die aus Allschwil wegen dem Fluglärm weggezogen sind. Wieso nicht grad dort messen, wo es am lautesten ist? In einer Disco misst man auch nicht in der Garderobe.

Rita Urscheler, Grüne Fraktion: Ich bin ein bisschen erstaunt, wenn ich die Diskussion verfolge. Wir auf dieser Seite diskutieren. Mit Ausnahme der löblichen Ausnahme von Josua Studer, meldet sich bei den Bürgerlichen niemand. Betrifft euch das nicht? Liegt das daran, dass die meisten von euch im Dorf wohnen und die meisten von uns in Neu-Allschwil?

Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Man soll etwas gegen Lärm machen, habe ich vorhin gehört. Man soll den Lärm nicht messen, sondern dagegen etwas machen. Ich habe Kopfschütteln gesehen, als es hiess, dass es viel Lärm hat, unter dem Motto Lärm gibt es nicht. Eine Lärmmessstation kostet viel Geld. Ich verspreche dem Gemeinderat Robert Vogt eine Gratismessstation. Bei diesem Wetter habe ich das Schulzimmerfenster offen. Ich habe keine feine Stimme, aber meine Goofen sind manchmal gottentfroh, wenn ich den Latz halte, die hören mich gar nicht mehr. Ich werde dafür sorgen, dass Robi Vogt in Zukunft Schülerpost bekommt, die den Wert an meiner Lautstärke messen. Ich wäre dann sehr froh, wenn der Gemeinderat diese Briefe beantworten würde. Gratis und Franko von meiner Seite.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es ist nicht so, dass wir hier nicht betroffen sind. Ich kenne einige hier, die dort unten wohnen. Aber es wurde alles gesagt, was gesagt werden musste. Jetzt kommt es drauf an, was wir abstimmen. Wir sind auch betroffen und ich finde es auch daneben. Ich habe auch eine laute Gelle, aber wenn einer kommt, dann nützt auch meine laute Gelle nichts mehr. Ich komme nicht dagegen an, dann bin ich plötzlich leise.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung, ob wir das Postulat überweisen möchten.

://:

Das Postulat wird mit 28 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen überwiesen.

Augrund der Tatsache, dass der FCB spielt und heute wirklich entschieden wird, wer am Schluss Meister wird, fahren wir jetzt nicht mehr weiter fort in der Traktandenliste.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion: Ich bin auch FCB-Fan. Wir haben das letzte Mal Traktandum 7 noch aufnehmen müssen, und wenn es keine lange Diskussion gibt, weil es der Gemeinderat entgegen nimmt, dann stelle ich den Antrag, dass wir Traktandum 7 jetzt noch kurz behandeln. Wenn es Diskussionen gibt, weil viele dagegen sind, dann verschieben wir es, ansonsten schlage ich vor, dass wir es noch machen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ist jemand gegen diese Traktandenänderung? Nein, dann gehen wir davon aus, dass das Zweidrittelsmehr da ist und gehen zu Traktandum 7, Geschäft 3999.

600 01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Motion von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 30.03.2011, betreffend Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum Trinationalen Schutzverband gegen nukleare Bedrohungen (TRAS)

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 3999

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Der Antrag des Gemeinderates ist Entgegennahme. Gibt es einen Gegenantrag? Das ist nicht der Fall.

://:

Somit haben wir die Motion zum Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum Trinationalen Schutzverband gegen nukleare Bedrohung überwiesen.

Während der Pause wurde Ihnen ein Flyer verteilt für das "Kirsi-Fesch". Ich gebe kurz das Wort an Herrn Vogt.

Jürg Vogt, FDP/GLP-Fraktion: Alle, die interessiert sind an Kirschen-Hochstammbäumen, sollen an das Fest gehen. Dort kann man sich orientieren, wie heute die Kirschen produziert werden und warum. Ich kann das wärmstens empfehlen.

Kathrin Gürtler, Präsidentin: Ich schliesse die Sitzung und wünsche allen einen schönen sommerlichen Abend.

ENDE